

Textilarbeiter-Zeitung

für die Interessen der Textilarbeiter
und -Arbeiterinnen aller Branchen.

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands

Nr. 8.

Die „Textilarbeiter-Zeitung“ erscheint jeden Samstag. Für Nichtmitglieder durch die Post bezogen vierteljährlich 3 Mark. Fernsprech-Nummer 4428.

Düsseldorf, 22. Februar 1913.

Redakteur: A. Heutmann, Düsseldorf, Kavalleriestr. 22. Expedition u. Druck von Joh. van Veen, Krefeld. Tel.-Nr. 1358. Telegramm-Adresse: Textilverband Düsseldorf.

15. Jahrg.

Sei wach!

Halt dich wach!
Steh das Schöne, sieh das Gute!
Wird dir einmal trüb zumute,
Zwing' die Trübsal in den Staub.
Denn das Frohe ist das Echte,
Lachend tußt du leicht das Rechte,
Augen auf und lieb' und lach'!
Sei nicht feige, halt dich wach! —

Hornberger Schießübungen.

II.

Wir haben in der vorigen Nummer unseres Organs bereits erwähnt, daß die M.-Gladbacher Unternehmer gelegentlich des Streiks bei der Firma Josten die Aussperrung androhten. Die Bewegung wurde aber noch rechtzeitig für die Arbeiter erfolgreich beigelegt. Trotzdem setzte die Heße der Genossen ein. Großspurig schrieben damals die roten Prahlhänse: „Der „deutsche“ Verband könnte im Notfall durch die Solidarität der Gesamtarbeiterschaft einen solchen Kampf (Aussperrung) aufnehmen; der christliche Verband ist komplett unfähig dazu.“ Dabei hatte der „deutsche“ Verband bereits im Vorjahr die Färbereibewegung in

Elsfeld-Barmen 1906

unter viel ungünstigeren Bedingungen abgebrochen. Auch dort drohten die Färbereibesitzer mit der Aussperrung. Da sorgten die „deutschen“ Führer Hübsch und Steinbrink dafür, daß der Färbereistreik „durch Mehrheitsbeschluß der Arbeiter“, wie der „Textilarbeiter“ später entschuldigend meinte, abgewimmelt wurde. Der Abbruch erfolgte, trotzdem Duzende von Arbeitern — nach den eigenen Angaben des „Textilarbeiters“ waren es 40 — auf dem Pflaster blieben.

Bald aber zeigte sich dem „deutschen“ Verband eine recht günstige Gelegenheit, für die obigen großsprecherischen Worte auch den Beweis zu liefern. Es kam die von ihm geführte Bewegung in

Langenbielau 1907.

Die Arbeiter zweier Färbereien (Wehr und Siefert) forderten eine Erhöhung der Tagelöhne um 15 Pfg. pro Tag. Die Löhne waren ganz erbärmlich. Sie schwankten zwischen 1 M. und 2,50 M. pro Tag, waren also kaum halb so hoch wie bei der Firma Josten. Ein energisches Zugreifen war hier also noch viel notwendiger und angebrachter. Doch — die Langenbielauer Arbeiter wollten keine Erschütterung des Arbeitsmarktes, schrieb der „Textilarbeiter“ ganz naiv, deswegen ermäßigten sie ihre Forderungen schon vor dem Kampf ganz bedeutend. Auch diese reduzierten Forderungen wurden abgelehnt. Außerdem wurden von der Firma Wehr noch drei Arbeiter gemäßigelt. Die Arbeiter der beiden Betriebe traten nunmehr in Streik. Vorher schon hatte der „Textilarbeiter“ ihnen versichert: „Unsere Langenbielauer Kollegen können der Sympathie der gesamten Klassenbewussten Arbeiterschaft sicher sein.“ Nun drohten die Unternehmer mit der Aussperrung. Da eilten die „deutschen“ Führer nach Langenbielau, um — ihr Versprechen einzulösen? Prostemahzzeit! um die streikenden Arbeiter zur bedingungslosen Wiederaufnahme der Arbeit zu zwingen. „Eine gute Organisation müsse eine Niederlage ertragen können, aber sie müsse es auch verstehen, einer solchen aus dem Wege zu gehen und im gegebenen

Moment abzubrechen“, schrieb damals der „Vorwärts“ recht profaisch. Seit Sachsen-Thüringen hatte es der „deutsche“ Verband in der Kunst, „Niederlagen aus dem Wege zu gehen“, tatsächlich schon ziemlich weit gebracht. Die weiteren Darlegungen werden zeigen, daß sich diese Kunst nach und nach geradezu zur Virtuosität steigerte.

Doch vorerst sei noch ein interessantes Ergebnis der Polemik erwähnt, die wir nach obiger Bewegung mit dem „Textilarbeiter“ hatten. Im Verlauf dieser Polemik schrieb letzterer, zwischen den Bewegungen in M.-Gladbach und Langenbielau bestehe insofern ein Unterschied, als an ersterem Orte alle Arbeiter, an letzterem nur die organisierten ausgesperrt werden sollten. Dann sagt er wörtlich:

„Natürlich war in Langenbielau noch nicht die geeignete Zeit, um es auf die Aussperrung der organisierten Arbeiter antommen lassen zu können. Dazu muß die Organisation der Textilarbeiter eben erst soweit fortgeschritten sein, daß, wenn die organisierten Arbeiter ausgesperrt werden, die Betriebe zum Stillstand kommen oder nur mit einer so geringen Arbeiterzahl arbeiten, daß der Betriebsverlust den Arbeitern als PreSSIONSMittel dient.“

Schön gesagt. Nun liegen aber doch auch in Westfalen die Dinge so, daß die Unternehmer stets nur die organisierten Arbeiter aussperrten. Und da fragen wir:

„Hat der „Textilarbeiter“, haben die sozialdemokratischen Verbandsführer unsere Kämpfe in Westfalen je nach obigem Grundfah beurteilt? Niemals! Stets gefiel man sich in der rückstößelsten Dece gegen unsern Verband.“

Das ist eine Moral mit doppeltem Boden; sie einmal gründlich zu kennzeichnen, hielten wir für unsere Pflicht.

Befassen wir uns nun mit der Bewegung in Krefeld 1907.

Ende 1907 traten die Stoffweber in eine Bewegung ein. Unser Verband war mit einer geringen Minorität beteiligt. Um Verhandlungen zu erzwingen, und weil sie ihre Leute kaum noch zu halten vermochten, befürwortete schließlich der Vertreter des „deutschen“ Verbandes in einer Ausschuss-sitzung die Kündigung erst in zwei und dann — dem Drängen seiner Leute nachgebend — in vier Betrieben. Die Kündigung sollte nur eine taktische Maßnahme sein, an Aufnahme und die Durchführung eines größeren Kampfes dachten auch die sozialdemokratischen Führer nicht. In dem Sinne stimmte unser Verbandsvertreter — die Genehmigung der Verbandsleitung vorausgesetzt — zu.

Am darauffolgenden Tage fanden für die erwähnten vier Betriebe Belegschaftsversammlungen statt. Vorher verständigte unser Vertreter den Beamten des „deutschen“ Verbandes persönlich davon, daß er die Genehmigung zum Streik noch nicht habe. Dieser aber schweig sich aus. Dabei hatte der betreffende Beamte, wie sich nachträglich herausstellte, bereits folgenden Brief seines Zentralvorstandes in Händen:

Herrn A. v. d. Berg, Krefeld.

Rechter Kollege!

Es darf auf keinen Fall morgen, Sonntag, die Kündigung beschlossen werden. In einer so kritischen Periode wie der, in der wir uns jetzt befinden, darf ein derartiger Streik nur mit Zustimmung des Gesamtverbandes unternommen werden. Wenn die Kollegen trotzdem unsere Warnung in den Wind schlagen, dann muß eventuell später die Kündigung bedingungslos wieder zurückgenommen werden. Wir stehen am Anfang der Krise. Im Erzgebirge sind 20% Lohnreduzierung angekündigt, welche wir unter allen Umständen abwehren müssen. Bei Euch ist aber noch folgendes zu beachten: Die Krefelder Seidenfabrikanten sind von den Großhändlern boykottiert. Es ist zwischen ihnen ein sehr scharfer Krieg entbrannt. Den Fabrikanten kann es jetzt ganz lieb sein, wenn ihre Arbeiter einige Wochen streiken. Wir streiken aber nicht den Unternehmern zu Gefallen. Weiter

„Berlin, 30. 11. 07.“

ist zu bemerken, daß der Seidenstoffmarkt seit langem sehr schlecht liegt. Eine schlechtere Krise hat sich der Seidenbranche bemächtigt, was Euch jede Fachzeitschrift bestätigen kann. Das muß uns eine Warnung sein. Wir müssen also dringend ersuchen, den Beschluß über die Kündigung morgen nicht fassen zu lassen. Sage den Leuten offen, daß vor Eingang der Genehmigung zum Streik nicht ge-griffen werden darf. Auch unsere Bedenken kannst Du den Leuten ruhig auseinandersetzen. Wie der Gesamtverband entscheidet, kann ich natürlich mit Sicherheit nicht sagen. Ich wiederhole nur das eine, die Situation ist kritisch. Auch Krefeld muß, wie andere Städte oft auch, unter Umständen die Kraft finden, ohne Kampf und Erfolg den Rückzug anzutreten, um die Schlacht dem Gegner wieder anzubieten, wenn das Terrain für uns günstig ist.

Mit Gruß

H. Jäckel.“

Trotzdem ließ der Vertreter des „deutschen“ Verbandes auch in den Versammlungen die Arbeiter vollständig im Unklaren. So befestigte sich bei der Arbeiterschaft die Ansicht, daß dem Kampf nichts mehr entgegenstehe. Als unser Vertreter nun erklärte, unser Zentralvorstand habe noch keine Entscheidung getroffen, die Kündigung müsse darum noch hinausgeschoben werden, da erhob sich ein Sturm der Entrüstung. Der Gauleiter des „deutschen“ Verbandes besaß sogar noch die Unverfrorenheit, demgegenüber zu bemerken: „Wenn wir einmal unser Wort gegeben haben, dann halten wir es auch.“ Als unser Vertreter nun bezweifelte, daß der „deutsche“ Verband die Genehmigung bereits erteilt habe, meinte der Gauleiter: „Ich nehme alles auf meine Kappe“. Dabei mußte er ganz genau wissen, daß angeichts der herrschenden Kampfesstimmung an eine Zurücknahme der Kündigung im gegebenen Moment nicht zu denken war. Den Mitgliedern war ja auch nichts gesagt worden, daß die Kündigung nur eine taktische Maßnahme sein sollte.

Nun vergleiche man den Inhalt obigen Briefes mit dem Verhalten der sozialdemokratischen Verbandsführer.

Diese wußten, daß eine Genehmigung zum Streik nicht erteilt war und voraussichtlich nicht erteilt würde. Sie wußten, daß die Kündigung bedingungslos zurückgenommen werden mußte, trotzdem bestärkten sie die Mitglieder in dem Glauben, der Kampf werde aufgenommen.

Trotzdem ließen sie es ruhig zu, daß unser Verbandsvertreter ob seiner Mahnung niedergeschrien und unsere Organisation verdächtigt wurde, ja, sie gossen noch Öl ins Feuer. Ein solches Gebahren charakterisiert sich selbst.

Es kam denn, wie es kommen mußte. Nach Ablauf der Kündigung traten die Arbeiter entgegen dem Willen der Verbandsleitung in den Streik. Infolge dieser Disziplinlosigkeit kam es sogar zur Aussperrung. Der „deutsche“ Verband aber verweigerte jede Unterstützung. Die Bewegung brach schließlich jämmerlich zusammen. Der Arbeiterschaft bemächtigte sich eine ungeheure Erbitterung. Hunderte kehrten dem „deutschen“ Verband den Rücken. In der Versammlung wurden die „deutschen“ Führer beschimpft und niedergeschrien. In einer angenommenen Resolution heißt es:

„Die heutige öffentliche Textilarbeiterversammlung spricht ihre größte Entrüstung gegenüber den Leitern des „deutschen“ Textilarbeiterverbandes aus . . . entsprungen der verräterischen Taktik von A., v. d. B. und Sch. . . . Die Versammlung gelobt, nicht eher ruhen zu wollen, bis diese Führer aus dem „Niederrheinischen Bezirk“ entfernt sind.“

Auch das sozialdemokratische Organ, die „Niederrheinische Volkstribüne“, übte an dem Vorgehen der sozialdemokratischen Verbandsvertreter scharfe Kritik. Lange noch hatte der sozialdemokratische Verband an den Folgen dieser Bewegung zu faulen.

Sind Stuhlmeister als Angestellte im Sinne der Angestelltenversicherung anzusehen?

In Nr. 3 der „Textilarbeiter-Zeitung“ haben wir einen Aufsatz Raum gegeben, die sich mit der Frage beschäftigte, ob Web- bzw. Stuhlmeister (Partie- oder Untermeister) der Angestelltenversicherungspflicht unterliegen. Die Zeitschrift stützte sich auf ein Gutachten, das angeblich von einem Herrn Häbler, Vorsitzender des deutschen Webermeisterverbandes, eingeholt worden war. In der „Textilarbeiter-Zeitung“ erschien ein Artikel, den Herr Häbler selbst geschrieben und worin er angegeben hatte, daß das betr. Gutachten von ihm veranlaßt worden sei. Nun ist es aber trotzdem nicht an dem. Die Gutachten sind nicht von Herrn Häbler, sondern von Herrn Rechtsanwalt Dr. Baum-Berlin auf Veranlassung des deutschen Webermeisterverbandes erstattet worden. Wie uns der Webermeisterverband mitteilt, ist dieses Gutachten von ihm „allen den Textilfabriken zugestellt worden, bei denen die Versicherungspflicht der Stuhl- und Webmeister bestritten wurde. Weiter ist es allen Reichstagsabgeordneten übermittelt worden, dann auch den Verwaltungsbehörden der Textilbezirke, in denen Zweifel über die Versicherungspflicht bestehen. Jedenfalls sind infolge dieses Gutachtens eine ganze Reihe von Stuhlmeistern als Angestellte im Sinne des Angestelltenversicherungsgesetzes erklärt worden. Auch für Krefeld, wo ebenfalls die Versicherungspflicht anfangs bestritten ist, hat die Reichsversicherungsanstalt entschieden, daß die dortigen Stuhlmeister Angestellte im Sinne des Gesetzes sind.“

Auf Grund mehrerer Gerichtsurteile kommt Dr. Baum zu folgendem Gutachten:

I. Da unstreitig alle Personen, die Werkmeister im Sinne des § 133 a G.O. sind, auch unter den — im übrigen weitergehenden, aber noch nicht scharf genug umgrenzten Werkmeisterbegriff des § 1 Nr. 2 des Angestelltenversicherungsgesetzes fallen, soll zunächst geprüft werden, ob die Stuhlmeister Werkmeister im Sinne des § 133 a sind.

1. Unerheblich für die Beurteilung ist die Bezeichnung „Meister“. Aus ihr folgt keineswegs die Werkmeistereigenschaft im Sinne des Gesetzes. Es genügt der Hinweis auf die „Maschinenmeister“ in den Druckereien und die „Schirmmeister“ bei der Eisenbahn.

2. Unerheblich sind auch Herkunft und Vorbildung. Die Werkmeistereigenschaft kann weder aus dem vorherigen Besuche einer Weberschule gefolgert, noch auch deshalb abgesprochen werden, weil der Stuhlmeister früher einfacher Weber war. Maßgebend ist nur die tatsächliche Tätigkeit. Es kommt daher nicht darauf an, ob, wie namentlich in dem das Gerate Urteil besprechenden Aufsatze der Werkmeisterzeitung und in dem Gutachten des Zittauer Bezirksvereins angeführt ist, der Webmeister zuerst als Webmeistergehilfe fungieren und als solcher einen Befähigungsnachweis erbringen muß.

3. Unerheblich für die Beurteilung ist aber auch die von dem Stuhlmeister ausgeübte mechanische Tätigkeit. Dies muß um so mehr hervorgehoben werden, als diese mechanische Tätigkeit (Vorrichten der Stühle und das Einlegen der Kette) Aufgabe aller Stuhlmeister und ein wesentlicher Teil ihrer Beschäftigung ist. Die eigene Arbeitsfähigkeit verleiht die Betriebsbeamteneigenschaft des § 133 a nur dann, wenn sie unter den Begriff der „höheren technischen Dienstleistung“ fällt, was unstreitig bei diesen immer noch mechanischen Arbeiten nicht anzunehmen ist. Daß diese Arbeiten der schwierigste und verantwortungsvollste Teil der Arbeitsleistung ist, ist gleichgültig und genügt noch nicht, um die Tätigkeit über die eines jeden Vorarbeiters herauszuheben. Andererseits kann aber auch der Umfang des eigenen mechanischen Mitarbeitens nicht gegen die Werkmeistereigenschaft verwendet werden. Ebenso wie im Handwerk der Meister vielfach in großem Umfang selbst mit Hand anlegt, so muß das Gleiche auch dem Werkmeister gestattet sein, wenn er durch das eigene Mitarbeiten an der Ausübung der ihm sonst obliegenden leitenden und beaufsichtigenden Tätigkeit nicht gehindert wird. Es kann daher entgegen den Ausführungen im Gutachten der Zittauer Handels- und Gewerbenummer keinen Einfluß auf die rechtliche Stellung ausüben, wenn dem Werkmeister eines kleineren Betriebes auch noch das Aufsäumen oder eine sonstige weitere Mitwirkung bei dem mechanischen Produktionsgang obliegt.

4. Entscheidend ist lediglich, ob der Stuhlmeister mit der Leitung oder Beaufsichtigung des Betriebes oder einer Abteilung desselben beauftragt ist. Hierbei ist nicht zu bezweifeln, daß der Webstuhl als Betriebsabteilung anzusehen ist.

a) Die Leitung besteht in der vom Arbeitgeber übertragenen Ausübung eines Teils des diesem zustehenden Direktionsrechts. Es braucht weder die alleinige, noch die oberste Leitung zu sein. Die einzelnen zur Leitung gehörigen Funktionen können vielmehr auf verschiedene, sei es einander gleichgestellte, sei es einander übergeordnete Personen so verteilt werden, daß jedem immer noch eine leitende Stellung zukommt. Eine leitende Stellung des Stuhlmeisters wird daher entgegen der Ansicht des Landgerichts Gera noch nicht dadurch ausgeschlossen, daß ihm keine Straf- und Disziplinarjurisdiktion zusteht, sondern daß er Ordnungswidrigkeiten einer höheren Stelle melden

muß, ebensowenig auch dadurch, daß Einstellung oder Entlassung von Arbeitern durch andere Personen erfolgen. Eine leitende Tätigkeit liegt meiner Auffassung nach schon dann vor, wenn der Stuhlmeister die Arbeit unter die einzelnen Weber verteilt, die Ware abnimmt und sonst über den Gang des Betriebes im Webstuhl disponiert, insbesondere wenn ihm die Verantwortung für den leistungsfähigen Zustand der Maschinen und für die Ablieferung tadelloser Ware obliegt.

b) Die Beaufsichtigung unterscheidet sich von der Leitung dadurch, daß mit ihr eine autoritative Stellung und eine Befugnis zum Eingreifen überhaupt nicht verbunden zu sein braucht. Die Beaufsichtigungstätigkeit besteht an sich lediglich in der Feststellung etwaiger Ordnungswidrigkeiten und kann auch in der Weise ausgeübt werden, daß Rüge und Abhilfe einer andern Stelle obliegt. Eine Aufsichtstätigkeit erfüllt der Stuhlmeister dann, wenn ihm die Kontrolle des Betriebsvorgangs obliegt, d. h. wenn er Mängel an den Stühlen zu verbessern und für Vermeidung von Fehlern in den Geweben und für Beseitigung entstandener Fehler zu sorgen hat. Eine Aufsichtstätigkeit lag meines Erachtens im Geraer Fall schon darin, daß der Stuhlmeister täglich einmal zu prüfen hatte, ob sich Verzüge oder sonstige laufende Fehler in der Webware fanden, und daß er vorkommendenfalls die Arbeiter zur Abänderung anzuhalten hatte. Sie lag auch im Bauzener Fall schon darin, daß der Webmeister auf die Webarbeit zu achten und darauf zu sehen hatte, daß das Zeug und der Stuhl stets in Ordnung sei.

Die Beaufsichtigung im Sinne des § 133 a muß sich allerdings auf den Betriebsvorgang selbst beziehen, nicht bloß auf das äußere Verhalten der Arbeiter. Die Kontrolle des Arbeitsantritts, die Verhütung von Diebstählen und Ruhestörungen, d. h. diejenige Tätigkeit, die von einem bloßen Aufseher oder Wächter ausgeübt werden kann, fällt nicht notwendig unter § 133 a. Es ist daher gleichgültig, ob der Stuhlmeister eine derartige Aufsichtspflicht ausübt oder nicht.

Richtig ist es, daß eine verhältnismäßig geringfügige Aufsichts- und Leitungstätigkeit die Werkmeistereigenschaft noch nicht begründet. Mit Recht weisen z. B. die Motive der G.O. darauf hin, daß der Spinner, der die an seiner Spinnmaschine beschäftigten jugendlichen Arbeiter zu beaufsichtigen hat, dadurch noch nicht zum Werkmeister wird. Es handelt sich in diesem Fall eben lediglich um Hilfsarbeiter, die nur untergeordnete Handreichungen zu dem im wesentlichen vom Spinner persönlich durch eigene Arbeitstätigkeit herzustellenden Arbeitsprodukt machen. Befehl ist es aber, wenn man bei Beurteilung der Bedeutung der Leitungs- und Aufsichtstätigkeit lediglich das Verhältnis berücksichtigt, in welchem die eigene mechanische Tätigkeit des Stuhlmeisters dem Zeitaufwande nach zur Aufsichts- und Leitungstätigkeit steht. Maßgebend ist vielmehr die Wichtigkeit und Bedeutung der Tätigkeit für den gesamten Produktionsvorgang. Ebenso wie es im Handwerk möglich ist, daß der leitende Meister außer der Leitung noch das gesamte Arbeitspensum eines Gesellen erledigt, so kommt es auch für die Aufsichts- und Leitungstätigkeit des Stuhlmeisters lediglich darauf an, daß er diese Tätigkeit im richtigen Moment und in der geeigneten Weise ausübt. Die Bedeutung seiner Leitung und Beaufsichtigung liegt nicht in dem für sie erforderlichen Zeitaufwand, sondern darin, daß lediglich von ihrer sachgemäßen Ausübung die Herstellung sachgemäßer und brauchbarer Ware abhängt.

Ich komme daher zu dem Resultat, daß der Stuhlmeister überall da als Werkmeister anzusehen ist, wo er nicht nur den Webstuhl zur Arbeit vorzurichten, sondern auch — ganz oder teilweise — die Arbeit im Webstuhl zu leiten oder die Produktion zu überwachen und das fertige Produkt zu kontrollieren hat.

II. Die nach den obigen Ausführungen für § 133 a G.O. maßgebenden Grundzüge kommen im wesentlichen auch für die Feststellung des Werkmeisterbegriffs im Sinne der Sozialversicherung zur Anwendung. Nur ist der Werkmeisterbegriff bei der Sozialversicherung noch weniger eng zu interpretieren. Die Anweisung über den Kreis der nach dem Versicherungsgesetz für Angestellte versicherten Personen führt im wesentlichen übereinstimmend mit der Auslegung des Reichsversicherungsamtes aus, die Werkmeister seien eine Mittelstufe zwischen den Betriebsbeamten und den Gewerbegehilfen, in der die betriebsleitende und die auf körperlicher Mitwirkung beruhende Tätigkeit ungefähr von gleicher Bedeutung seien. Bei der Beratung des Gesetzes ist, wie der Kommissionsbericht ergibt, von einem Vertreter der verbündeten Regierungen darauf hingewiesen, daß auch Abteilungsmeister zu den versicherungspflichtigen Personen zu zählen seien. Demnach kann also für die Anwendung der Sozialversicherung ein mechanisches Mitarbeiten des Stuhlmeisters noch weniger als bei der G.O. zu Gunsten der Werkmeistereigenschaft verwertet werden. Ebensowenig kann es von ausschlaggebender Bedeutung sein, wenn der Stuhlmeister in der leitenden Tätigkeit in größerem Umfang an die Leitung anderer Organe gebunden ist.

Hieraus ergibt sich das Resultat: Die Frage, inwieweit Stuhlmeister als Werkmeister anzusehen sind, kann weder für die G.O. noch für die Sozialversicherung unbedingt bejaht oder verneint werden, sie ist vielmehr für jeden einzelnen Fall an der Hand der oben angegebenen Grundzüge zu prüfen.

Die Krankenversicherung im Jahre 1911.

Das Reichsstatistische Amt gibt neben ein umfangreiches Tabellenwerk über die Organisation und Leistungen der Krankenversicherung im Jahre 1911 heraus. Danach ist die Zahl der Rassen seit dem Jahre 1885, dem Anfangsjahr der Statistik, von 18942 auf 23109 gestiegen. Die weitverbreitetste Form der Krankenversicherung ist die Gemeindekrankenklasse. Sie ist namentlich stark verbreitet in Bayern, wo nicht weniger als 81,3 von Hundert aller Rassen auf diese Rassenorganisation entfallen. Das ist in historischen Dingen begründet; der Erlass des Krankenversicherungsgesetzes fand in Bayern die Form der Gemeindekrankenklasse bereits vor; so hat sich die fernere Versicherung der alten Art angelehnt. Dagegen hat Elsaß-Lothringen diese Krankenklassenform garnicht. Hier überwiegen die Betriebsklassenform. Bemerkenswert ist noch, daß bei allen den in diesem Aufsatze angeführten Zahlen die Knappschaftsklassen fehlen. Ueber sie führt das Reichsstatistische Amt besondere Statistik. Die folgende Tabelle gibt ein Bild von der Zahl der einzelnen Rassenarten und der Größe derselben. Es waren im Jahre 1911 vorhanden:

Rassenart	Zahl der Rassen	von 100 d. Rasse waren	Mitglied. überhaupt	v. 100 Verf. gehörnt. an	weibliche Mitglied. überh.	v. 100 Mitgl. der Rasse waren weibl.
Gemeindef. Ortsklassen	8 198	35,5	1 602 055	12,0	609 084	55,8
Betriebskl.	4 748	20,5	7 076 087	53,0	2 370 448	48,9
Baufassen	7 921	34,3	3 401 407	25,5	703 816	26,1
Zunngsgst.	41	0,2	10 807	0,1	792	4,9
Eingelchr.	845	3,6	318 633	2,4	58 239	21,7
Hilfsklassen	1 227	5,8	914 398	6,8	86 048	10,8
Landesr. R.	129	0,6	34 868	0,2	6 736	23,7
Zusammen	23 109		13 357 225		3 835 163	

Die meistverbreitetste Rassenform ist also, wie angeführt, die Gemeindekrankenklasse, die hauptsächlich für Dienstpersonal in Betracht kommt. Der Zahl der Mitglieder nach steht sie jedoch erst an vierter Stelle. Die meisten Mitglieder zählten die Ortsklassen. Beachtenswert ist noch, daß die Zahl der Versicherten gestiegen ist von 4 294 173 im Jahre 1885 auf 13 357 225 Ende des Jahres 1911, das ist eine Steigerung von nicht weniger als 211,1 Prozent. Und zwar hat, was auch charakteristisch ist, namentlich in den letzten Jahren die Zahl der weiblichen Rassenmitglieder verhältnismäßig viel stärker zugenommen als die der männlichen. In den Ortsklassen halten die weiblichen Mitglieder den männlichen bald die Wage. Im ganzen verschob sich das Verhältnis wie folgt: auf 100 männliche Mitglieder kamen im Jahre 1885 22,2, im Jahre 1907 35,3 und im Jahre 1911 bereits 39,2 weibliche Rassenmitglieder. Ein Beweis dafür, daß die Frauen in immer stärkerem Maße dem Erwerb nachgehen. — Von besonderem Interesse ist auch ein Ueberblick über die Dauer und die Höhe des Krankengeldes in den einzelnen Rassen. Bekanntlich beträgt die Pflichtdauer der Unterstützung 26 Wochen und zwar gilt das sowohl für die Dauer der ärztlichen Behandlung, Arznei und kleinen Heilmittel, als für das Krankengeld und als Ersatz dafür Krankenhauptpflege. Weht dem Eintritt der Erwerbsunfähigkeit eine Krankheitszeit ohne Bezug von Krankengeld voraus, so verlängert sich um diese Dauer die Krankenunterstützung. Aber die Krankenkassen können über diese gesetzlichen Mindestleistungen hinausgehen und bis zu 52 Wochen Krankenunterstützung gewähren. Leider machen davon nur wenige Rassen Gebrauch. Die Höhe des Krankengeldes muß mindestens die Hälfte des Lohnes, entweder des der Rassenberechnung zugrunde gelegten Fabriklohn oder des wirklich verdienten Lohnes oder des ortsüblichen Tageslohn, gerade, wie es die Satzung bestimmt, betragen.

Rassenart	Unterstützung in Wochen		Höhe der Unterstützung in % des Lohnes			
	über 26 bis 39	39-52	über 52	bis 50%	50-66% 66%-75%	
Gemeindef. Ortsklassen	—	—	—	8184	10	4
Betriebskl.	55	67	1	3876	756	117
Baufassen	154	347	—	6266	1328	327
Zunngsgst.	—	—	—	39	2	—
Eingelchr.	8	6	—	673	141	31
Hilfsklassen	33	139	9	—	—	—
Landesr. R.	4	28	4	—	—	—

Die Art der Bemessung des Krankengeldes ist bei den beiden Hilfsklassen nicht vorgeschrieben. Im übrigen geht aus dem Zahlenbild hervor, daß die Gemeindekrankenversicherung am allerwenigsten leistet und sich über die gesetzlich vorgeschriebenen Mindestleistungen kaum hinauswagt. Versolgt man, wie viele Rassen der fünf Zwangsklassenarten bei der Mindestleistung stehen geblieben sind, und wie viele darüber hinausgingen, so findet man für diese Rassenarten zusammen: Es stieg von 1888 bis 1911 die Zahl der Krankengeld im Betrage des halben Lohnes gewährenden Rassen von 17 179 auf 19 037 oder um 10,8%, der bis $\frac{2}{3}$ gewährenden von 705 auf 2 237 oder um 217,3% und der mehr als $\frac{2}{3}$ gewährenden Rassen von 265 auf 497 oder um 80,8%. Es verschob sich also der Anteil mehr und mehr zugunsten der ein höheres Krankengeld gewährenden Rassen. Wohl ein Zeichen dafür, daß die Arbeiter im allgemeinen ihre Kosten innerhalb der Rassenkörperschaften ausfüllen und bemüht sind, die Rassen zu bedeutenden sozialen Einrichtungen auszubauen.

Ferner noch ein Zahlenbild über die Aufwendungen der Krankenkassen. Sie leisteten im ganzen an Krankheitskosten im Jahre 1911 4 277 915,8 Mill. M., der für ein durchschnittlich vorhandenes Mitglied 26,25 M. Bei der Zerlegung der Krankheitskosten des Berichtsjahres auf die einzelnen Titel zeigt sich, daß von je 100 Mark kommen auf

Table with 2 columns: Krankheitskosten-Titel (Frankengeld, Arzt, Arznei, etc.) and values for 1911 and 1910.

Nach Rassenarten zerlegt, verschieben sich diese Anteile wie folgt:

Table with 8 columns: Rassenart, Arzt, Arznei, Krankengeld, Unterst. d. Schwangeren, Sterbegeld, Verpflegungskosten, Fürsorge für Genesende.

Die Gesamtsumme der Krankheitskosten in 27 Jahren betrug über 4277 Mill. Mark oder über 414 Milliarden Mark.

Von den Krankheitskosten beansprucht das Frankengeld den größten Teil der Ausgaben. Aber verhältnismäßig hoch sind auch die Arzt- und Arzneikosten. Sie stiegen in den letzten Jahren ganz erheblich. Auf ein Mitglied kamen bei sämtlichen Rassen im Jahre 1885 für ärztliche Behandlung 2,15 und für Arznei usw. 1,69, dagegen betragen die beiden Posten im Jahre 1911 6,15 bzw. 3,90 M. Die Zunahme der Kosten, auf das einzelne Mitglied berechnet, beträgt demnach für ärztliche Behandlung 186,0%, und für Arznei 130,8%.

Die Steigerung ist ganz kolossal und dokumentiert die gewaltig gestiegenen Ansprüche der Ärzte an die Kasse. Im übrigen zeigt uns auch diese Uebersicht, daß wir in unserer deutschen Krankenversicherung eine großartige soziale Einrichtung haben.

Ein Genosse gegen die Vielrederei.

In den „Sozialistischen Monatsheften“ (Heft 3 1913) zieht Genosse Peus gegen die Vielrederei im Reichstag zu Felde. Was er sagt, ist recht beherzigenwert — besonders für seine Parteigenossen. Peus meinte: Man spricht, um gesprochen zu haben. Was der Einzelne sage, habe immer (?) seinen Wert, aber an anderer Stelle. Es werde zu viel von der Reichstagstribüne gesprochen, was in die Debatte der Kommissionen gehöre. Es werde im Reichstag zu viel geschwätzt und zu wenig getan. Zwar Resolutionen beschließe man die Hülle und Fülle, aber viele Duzende werde am Schluß des Tages abgestimmt: nicht sehr gewissenhaft, sondern nur, um einen Abschluß zu geben. Infolge der unerlösten Redezeit komme das Recht der Initiative des Reichstags zu Gesetzgebungsvorschlägen in ganz unerträglicher Weise zu kurz. Die sogenannten Schwerinstage, die der Beratung von Initiativanträgen des Reichstages dienen, seien fast stets ausgefallen. Der Reichstag müsse sich weniger als vor dem Volk redender, vielmehr als für das Volk mit Willensmacht agierender (handelnder D. R.) Körper fühlen.

Diese Mahnung will Peus an alle Parteien gerichtet wissen. Dabei hat er aber offenbar vornehmlich an seine Gesinnungsgenossen im Reichstag gedacht. Das geht aus folgenden Ausführungen hervor:

„Soll aber die Willenskraft des Reichstages und damit des Volkes mehr zur Geltung kommen, dann muß die Redezeit unbedingt eingeschränkt werden. Ich schähe, daß im allgemeinen die Reden um ein Drittel und noch mehr reduziert werden könnten. Das gilt vor allem von den langen Reden. Besonders überflüssig sind Deklamationen, von denen man mit Sicherheit wissen kann, daß sie auf den Gegner nicht umstimmend wirken. Die Benutzung der Reichstagstribüne als Tribüne, von der aus man agitatorisch zum Volk spricht, hat bei der heutigen Entwicklung der Presse und Literatur ihr Recht verloren. Als vor einem Vierteljahrhundert noch kaum einige zehntausend Blätter im Volke den Sozialismus predigten, da hatte es Sinn, von der Tribüne des Reichstages aus auch durch das Medium der bürgerlichen Presse dem Volk zu sagen, was die Sozialdemokratie will. Heute aber, wo sowohl die sozialdemokratische Presse wie die gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Organenebst der zugehörigen enorm entwickelten Literatur in mehreren Millionen von Exemplaren ins Volk gehen, heute, wo die Sozialdemokratie mit ihren 110 Stimmen im Reichstag auch ein ganz anderes Stück Willenskraft repräsentiert, heute ist es unverantwortlich, nun noch mehr zu reden, oft gesagtes immer wieder zu wiederholen, Monologe zu halten, auf die keine Antwort kommt, Diskussionen zu führen, die gar keine Diskussionen sind, weil man völlig nebeneinander redet oder auch gar nicht überzeugt oder widerlegt sein will. Heute ist es höchste Zeit, daß alle Parteien des Reichstags, die nicht die Absicht haben, den Parlamentarismus zu diskreditieren und lahm zu legen, innerhalb der eigenen Partei, wie durch Abkommen mit den anderen Parteien, die Redetätigkeit in dem Sinne disziplinieren, daß unbedingt so kurz wie möglich gesprochen wird, um die Materien umso mehr zu aktiver und möglichst detaillierter Entscheidung zu bringen.“

Diese Ausführungen bilden eine schwere Anklage gegen die Sozialdemokratie. Mögen sie auch allgemein beherzigenswert sein, sie sind doch keiner Partei gegenüber so sehr am Platze, wie gegenüber den parlamentarischen Vertretern der Sozialdemokratie. Ihnen ist das „zum Fenster hinaus reden“ zumeist zur zweiten Natur geworden. Ja, in weiten Kreisen der Sozialdemokratie betrachtet man das geradezu als die Hauptaufgabe der sozialdemokratischen Vertreter. Als die Sozialdemokratie bei den Reichstagswahlen im Jahre 1907 die bekannte Niederlage erlitt, da schrieb die „Leipziger Volkszeitung“ (Nr. 33/1907):

„Was wir im Reichstag zu suchen haben, läßt sich von vierzig Männern ebenso gut besorgen wie von achtzig.“

Ebenso betonte kürzlich noch auf dem Parteitag der preussischen Sozialdemokratie der Genosse Liebknecht:

„Die sozialdemokratischen Abgeordneten werden von uns nicht gewählt, damit sie im Abgeordnetenhause parlamentarische Arbeit verrichten, sondern sie werden von uns hineingeschickt als geschworene Feinde des Dreiklassenhauses.“

Beide Äußerungen sind doch wohl nur so zu verstehen, daß die Genossen die Reichstagstribüne zu benutzen haben, um zum „Volk“ zu reden. Das besorgen manche von ihnen denn auch recht gründlich. Genosse Peus nennt das mit Recht eine unverantwortliche Handlungsweise.

Die Klage des Genossen Peus darüber, daß zu viel von der Reichstagstribüne gesprochen wird, was in die Kommissionen gehört, hat auch die „Frankfurter Zeitung“ schon erhoben. Veranlassung dazu gab ihr eine Rede des sozialdemokratischen Abgeordneten Zubeil vom 10. März 1910. Ueber sie schrieb das genannte Blatt laut „Westdeutscher Arbeiterzeitung“ (Nr. 48/1911):

„Auch rein sachlich erscheint eine Rede wie die des Abgeordneten Zubeil im Plenum der Volksvertretung höchst unangebracht. Alle die Einzelsätze von Maßregelungen und Uebergreifen, die der sozialdemokratische Redner aufzählt, mögen noch so skandalös und tabuliert sein, was soll mit ihrer Aufzählung an dieser Stelle erreicht werden? Eine gründliche Aussprache über derartige Mißstände wäre in der Kommission sehr wünschenswert und könnte dort zur Besserung der Verhältnisse beitragen; die Behandlung im Plenum ist der Sache direkt schädlich, weil sie der Postbehörde das Ausweichen auch vor der begründeten Kritik erleichtert, aber sie hat allerdings den agitatorischen Vorteil, den betroffenen Beamten- und Arbeiterschichten vorzutauschen, der sozialdemokratische Abgeordnete habe nun wirklich etwas für sie geleistet. In Wirklichkeit opfert der Volksvertreter mit derartigen Reden die Interessen der Geschädigten und damit die Interessen der Volksgesamtheit dem reinen Reklameinteresse seiner Part. Darum kommt gerade bei den Vertretern der Sozialdemokratie eine Tendenz der Ueberhebung, die es ebenfalls wieder dem Regierungsvorteil erleichtert, gleichzeitig mit dem unberechtigten Geschimpfe auch die berechtigten Kritik von sich abzuschnüdeln.“

Es ist ein treffendes Bild, das die „Frankfurter Zeitung“ hier von der plan- und ziellosen Rederei mancher sozialdemokratischen Abgeordneten entwirft. Es zeigt aber ebenfalls wieder, wie sehr gerade die sozialdemokratische Partei Ursache hat, die Mahnungen des Genossen Peus zu beherzigen. Ob sie es tun wird, erscheint uns allerdings zweifelhaft. Die agitatorische Auffassung der parlamentarischen Tätigkeit ist ihr so in Fleisch und Blut übergegangen, daß sie kaum mehr anders kann. Die Arbeiterschaft aber hat den Schaden davon.

Prüfung echter und unechter Färbungen und Appreturen.

m. Zur Untersuchung der gefärbten Gewebe und Gewebe wird sich die Ermittlung auf die Farbe selbst und ihre Echtheit zu erstrecken haben. Ein großer Teil der weißbunten und bekannten Pflanzen-, weniger Tier- und Metallfarbstoffe sind in der Praxis leicht nachzuweisen, da gegen wird es von Tag zu Tag schwieriger, bei der wunden rassen Unerkennbarkeit des Steinkohlenteers, am gefärbten Stoff oder Garn zu erkennen, mit welchem Farbstoff gefärbt worden ist. Die Bedeutung der Färbung ist mitunter ebenso wichtig als die qualitative Beschaffenheit der Gewebe, und es wird mitunter von ganz wesentlichen Werte sein, die zum färben benutzten Stoffe zu erkennen. Die Kritik unserer berühmtesten Farbertechniker gipfelt darin, daß obgleich gerade Deutschland das Land ist, welches fast die ganze Welt mit Farbstoffen versorgt, die deutschen Färbereien mit „kulturlosen“ Farben arbeiten.

Wir können bei der Untersuchung der Farben für unsere Zwecke nur solche Reaktionen versuchen, die mit einfachen Hilfsmitteln rasch und sicher auszuführen sind.

Die benutzten Reagenzien sind: Schwefelsäure, konzentriert 66° B.; do. verdünnt 1:2 Wasser; Salzsäure, konzentriert 21° B.; Natronlauge, verdünnt 1 Teil auf 5 Teile Wasser; Ammoniak, 1 Teil auf 2 Teile Wasser; Alkohol, von 95%; Bleizucker 1:10, Alaun 1:10, Cyanalkium 1:10.

Es sollen aus der umfangreichen Farben- und Nuancentabelle nur einige charakteristische Reaktionen herausgegriffen werden.

Blaue Farbstoffe: Indigolamin I verliert durch Salzsäure etwas an seiner Intensität. Rüpenblau: Zerfällt man das Blau mit Salpetersäure, so läßt sich die Farbe nicht wieder herstellen. Es widersteht dem Kali und verdünnten Säuren. Jayenceblau mit Kali und Eisen wird von Chlor zerfällt, ebenso durch Salpetersäure. Blauholzblau mit oder ohne Kupfer: Das Blau wird von allen Säuren rot gefärbt, von unterchlorigsauren Salzen entfärbt, widersteht aber dem Kali.

Grüne Farbstoffe: Anilinsgrün: Mit Salzsäure befeuchtet, wird das Grün gelb oder verschwindet, die Farbe wird durch viel Wasser wieder erzeugt. Lohar widersteht den Alkalien, widersteht allen Säuren. Rüpen-

blau und Gelb aus Pflanzenstoffen: Wenig oder gar nicht durch Kochendes Seifenwasser verändert; das Blau wird durch Salpetersäure und Bleichsalze zerfällt. Holzblau und Gelb aus Pflanzenstoffen: Wenig durch Kochendes Seifenwasser verändert; die gelblich rote Farbe wird durch ein Alkali grün oder blau. Arsengrün: Beim Erhitzen in einer Röhre gibt die Farbe arsenige Säure und einen Knoblauchgeruch. Die Asche enthält Kupfer.

Schwarze Farbstoffe: Galläpfel oder Gerbsäure mit Eisen mit oder ohne Zonerbe: Wird mit Zinnfalz und Salzsäure weißlich oder oliv; wenn man dann Ammoniak zusetzt rotfarben. Krapp oder Abkömmlinge desselben: Wird mit Zinnfalz braun, färbt aber Papier nicht rot, mit Salzsäure orange; im letzten Falle wird die Farbe durch Ammoniak wieder hergestellt. Granatfärbung: Wird mit Zinnfalz dunkelrot, durch Salzsäure gelb und durch Schwefelsäure braun. Chromschwarz: Widersteht den unterchlorigsauren Salzen und wird damit braun. Beim Einäschern hellgrün oder grünliche Asche. Anilinschwarz: Entwickelt in Salzsäure nach und nach eine graue Färbung, wird durch unterchlorigsaure Salze granatrot. Wird in Zinnfalz grün, dann grauoliv. Die Farbe wird durch Ammoniak, aber nicht durch Wasser wieder hergestellt.

Die Verwendung zweier Farbstoffe hat den Zweck, entweder die Farbe billiger herzustellen, indem man einen Teil des echten Farbstoffes durch eine unechte oder weniger echte Substanz ersetzt, oder man bezweckt durch Anwendung eines zweiten Farbstoffes, der Farbe mehr Feuer zu geben, allein auch das geschieht auf Kosten der Echtheit. In allen diesen Fällen hat man es daher mit einem echten und minder echten Farbstoff zu tun, und gelingt es deshalb stets, durch Behandlung des Stoffes mit solchen Reagenzien, welche die weniger echte Farbe abziehen, die andere aber unangegriffen lassen, eine Trennung beider zu bewirken und somit ihren Nachweis zu führen. Es soll dies an einem Beispiel erläutert werden: Sehr häufig gibt man blauen Stoffen einen Rüpengrund (Indigo) und färbt mit Holzblau aus. Aus den oben angeführten Reaktionen ergibt sich, daß Holzblau eine wenig beständige Farbe, Rüpenblau aber unsere echteste blaue Farbe ist. Das Holzblau kann man durch Auskochen mit verdünnter Salzsäure vollständig abziehen, sodaß nur der reine Rüpengrund zurückbleibt. Um einfachsten führt man die Prüfung der blauen Farben auf Echtheit in folgender Weise aus: Man kocht eine Stoffprobe in Weingeist; derselbe darf hierdurch nicht rot, violett oder blau gefärbt werden. Hierauf erwärmt man die Probe mit verdünnter Salzsäure, welche weder selbst rot gefärbt werden noch die Farbe der Faser in Rot oder Braunrot umändern darf.

Eine einfache Prüfung der schwarzen Farben auf Echtheit wird folgendermaßen ausgeführt: Ergibt der mit Wasser und etwas Salzsäure gekochte Stoff eine gelbe Flüssigkeit, so ist das Schwarz Gerbstoff-(Gallus)Schwarz und echt. Die Echtheit dieses Schwarz wird durch den Rüpengrund erhöht und durch Kochen einer neuen Probe mit Natriumcarbonat geprüft. Wird hierdurch der Stoff braun, dann ist nur reines Gerbstoffschwarz vorhanden, bleibt der Stoff dagegen schwarz oder wird er blau, oder auch dunkelgrün, dann liegt auch Rüpengrund vor, und die Farbe ist sehr echt. Um jeder Verwechselung mit Anilinschwarz, welches bei dieser Behandlung nicht oder kaum verändert wird, vorzubeugen, überzeuge man sich durch Chloroform von der An- oder Abwesenheit des Indigo.

Färbt sich Wasser und Salzsäure beim Kochen mit dem Stoff rot und geht die Farbe des Stoffes in Braun oder Braunrot über, welches beim Auswaschen mit Wasser gelb wird oder auch braunrot bleibt, so ist die Farbe Holzschwarz ohne Rüpengrund, aber ganz unecht; ändert sich aber die Farbe des Stoffes in Blau um, auch grünlich Blau, so ist die Farbe Holzschwarz mit Rüpengrund und nicht ganz unecht.

Bei der Ausführung vorstehender Prüfungen auf Farbstoffe versäume man nie, jeden Versuch mindestens zweimal auszuführen; auch empfiehlt es sich stets, Gegenproben mit notorischen Mustern anzustellen.

Allgemeine Rundschau.

Die Revelaerer Gebetbuchfabrikanten suchen die Hilfe der — Sozialdemokraten. Die Bewegung in den Revelaerer Gebetbuchfabriken nimmt ihren Fortgang. Eine Einigung ist infolge des ablehnenden Verhaltens der Firmeninhaber bisher nicht erzielt worden. Mit Ende voriger Woche liefen die letzten Kündigungsfristen ab, sodaß von da an die Arbeiter bei folgenden Firmen im Streit stehen: J. E. Thum — wo die Bewegung bekanntlich wegen Unterdrückung des Koalitionsrechts ihren Anfang nahm —, Buhon u. Berder, van Wienberg, von Dannowitz und Deriks u. Janzen.

Von Seiten der Revelaerer Unternehmer, insbesondere von Herrn Thum, der ja den Stein ins Rollen brachte, wird der Kampf gegen die christlichen Arbeiter mit recht merkwürdigen Mitteln geführt. Als öffentlich behauptet wurde

der katholische Gebetbuchfabrikant Thum habe sich zwecks Unterdrückung einer christlichen Organisation bei der Suche nach Arbeitswilligen an die sozialdemokratische Richtung um Hilfe gewandt,

da hielt man dies zuerst für unmöglich. Die sozialdemokratische Buchbinder-Zeitung konnte jedoch mitteilen, daß sich Herr Thum tatsächlich an sie gewandt und um Aufnahme eines Streikbrecherinzerats ersucht habe, was von dem „freien“ Gewerkschaftsblatt aus Gründen allgemeiner Arbeiterolidarität abgelehnt wurde. Nicht wegen Lohnunterschieden, sondern weil ich mir die Agitation für den christlichen Verband während der Arbeitszeit verbat, traten 1/4 meiner Leute in den Streit“, habe Herr Thum hinzugefügt; so konnte die Buchbinder-Zeitung weiter mitteilen. Herr Thum bestritt nun, öffentlich, sich an die sozialdemokratische Seite gewandt zu haben und sandte der Buchbinder-Zeitung eine Berichtigung auf Grund des Pressegesetzes, worin es u. a. wörtlich heißt:

„Niemals wurde weder dieses noch ein ähnliches Schreiben an die Buchbinder-Zeitung gesandt. Es ist dies eine böswillige Erfindung und absichtliche Irreführung.“

Doch das Verhängnis schreitet schnell.

In ihrer neuesten Nummer bringt die Buchbinder-Zeitung die photographische, handschriftliche Wiedergabe des Briefes, den Herr Thum mit dem Streikbrecher-Inserat an die Buchbinder-Zeitung eingesandt hat.

Ein Irrtum oder eine Fälschung scheint gänzlich ausgeschlossen, da der Brief den vorgedruckten Kopf der Firma Thum und die eigenhändige Unterschrift des Firmeninhabers trägt.

Ein solches Verhalten, wie es hier Herr Thum nachgewiesen ist, richtet sich selbst. Und eine Sache, die mit solchen Mitteln verteidigt werden muß, kann nur sehr faul sein, was die weitere Entwicklung dieser Bewegung noch deutlicher zeigen wird.

An unsere katholischen Mitglieder richten wir nochmals die Aufforderung, keine Gebetbücher aus Kevelaer zu kaufen.

Um die klägliche verunglückte Jungferrede. Der "Textilarbeiter" bespricht in einem Artikel der Nr. 7 die Notizen, die wir in Nr. 6 der "Textilarbeiter-Zeitung" über das klägliche verunglückte und zweideutige Auftreten des Nagelschuhpolitikers Krätzig im Reichstage gebracht haben.

Zunächst soll die "Schwarze", "Textilarbeiter-Zeitung" eine Fälschung begangen haben, die allerdings nur von der wunderbaren Logik des "Textilarbeiters" entbeugt zu werden vermag.

Diese Frauen müßten durch Verkürzung der Arbeitszeit, namentlich durch Schaffung des freien Samstagnachmittags, entlastet werden.

eine Verkürzung der Arbeit für verheiratete Frauen und den freien Samstagnachmittag für dieselben wollte.

Kun sollen wir verschwiegen haben, daß die Sozialdemokraten darauf hingewiesen hätten, daß sie für alle Arbeiterinnen den kurzen Arbeitstag, sogar den achtstündigen, wollten.

Gerade in seinen Domänen, in Sachsen, Thüringen, der Saalkü, wo die Frauennarbeit allgemein üblich ist, würde der freie Samstagnachmittag für die verheirateten Frauen unbedingt den freien Samstagnachmittag für alle Textilarbeiter im Gefolge gehabt haben.

Nur ein sei gesagt: Der "Textilarbeiter" wirft Schiffer vor, daß er nicht genug rede und nur dann das Wort nehme, wenn er den Scharfmachern eine Annehmlichkeit sagen könne.

Unser Kollege Schiffer hat wiederholt öffentlich im Reichstage die Interessen der Arbeiter im allgemeinen und der Textilarbeiter im besonderen, und auch die Interessen unserer ganzen Industrie, mit Geschick und Erfolg wahrgenommen.

Unser Kollege Schiffer hat wiederholt öffentlich im Reichstage die Interessen der Arbeiter im allgemeinen und der Textilarbeiter im besonderen, und auch die Interessen unserer ganzen Industrie, mit Geschick und Erfolg wahrgenommen.

ganzen Staatslebens und besonders der Arbeiter wahrzunehmen sich bemüht. Er ist an dem Zustandekommen mehrerer sozialer Gesetze hervorragend beteiligt.

Im übrigen hat Herr Krätzig bei uns vollständige Schimpffreiheit. Er weiß, warum.

Friede im Holzgewerbe. Im Holzgewerbe scheint in letzter Stunde ein großer Kampf verhindert worden zu sein, und zwar dank des Eingreifens des Freiherrn von Berlepsch.

Zunächst regelt der Schiedspruch die Vertragsdauer, indem er mehr Einheitlichkeit in die Ablaufstermine der Verträge zu bringen versucht. Die Frage der Arbeitszeit ist so geregelt, daß den Arbeitern im allgemeinen eine Verkürzung der Arbeitszeit zugeteilt wird.

Seitens des christlichen Holzarbeiterverbandes haben sich zwei Städtevertreterkonferenzen mit dem Schiedspruch eingehend befaßt. Eine fand am 8. Februar in Berlin und die andere tags darauf in Köln statt.

Die Städtevertreterkonferenz des Arbeitgeber-Schutzverbandes in Berlin soll den Schiedspruch abgelehnt haben, dagegen wird aus mehreren Orten, so Köln und Düsseldorf, gemeldet, daß sich sowohl die Arbeitgeber als auch die Arbeiter der beteiligten Organisationen für die Annahme erklärt haben.

Arbeiter und Alkohol

Sieht mich von meinem Leben erzählen. Mein Großvater hatte ein Handlungshaus, dessen Magazine im Arbeiterviertel standen.

Gegenüber unseren Fenstern ein altes, unordentliches Gebäude mit einer Branntweinstube im Erdgeschoß.

Ich habe später in Vereinen und Versammlungen, bei Unterrichtskursen, in Werkstätten und dabei viele Arbeiter, alte und junge, kennen gelernt.

Und der Alkohol? Doch vorzeiten vor meinen Fenstern nachts die Trunkenen und erbarmen sich, noch tritten sie und griffen zum Messer — ich aber war, daß nicht von diesen, die dem Dämon fröhen, sondern von jenen, die nüchtern, sparsam und tatkräftig waren, eine bessere Zukunft uns erwartete.

Sie werdet die Köpfe schnitteln. Werdet meinen, daß es wohl ang sei, wenn der Alkoholentzug einer wacke, wenn er nicht Bier, noch Schnaps sehen könne, ohne sich zu besaufen.

Ich habe mich ein Mal in den Bergwerk und sage, ob der Schnaps nicht nötig ist. Sieh! all unsere nervenzerschöpfende Arbeit, und ich fühle mit uns, ob das Gläschen Bier nicht die einzige Erfrischung uns bietet.

Ich glaubt noch immer nicht. Die Trinker, sagt ihr, sind Kranke, Unmäßige. Aber viele Tausende gibt's, die der Alkohol stärkt, nährt, gesund macht.

Ich glaubt es nicht! Ihr fragt, wie ihr die schlechende Krankheit, die an der Wurzel eurer Bewegung nagt, beseitigen könnt.

Sieht mich noch ein Wort sagen. Daß der Alkohol der Gesundheit in der allergrößten Mehrzahl der Fälle nichts nützt, ist sicher. Bieweil er schadet, erzählen euch die Krankenhäuser,

Getränken sei eine verschrobene Methode, die halb wieder aufgehört werde. Mit den Trunkenbolden werde die Arbeiterbewegung schon fertig werden.

Wenn ihr so sprecht, Freunde, dann seht ihr nicht weit. Mag sein, daß mancher von euch nicht fühlt, wie ihm der Alkohol schadet.

Ich habe mich ein Mal in den Bergwerk und sage, ob der Schnaps nicht nötig ist. Sieh! all unsere nervenzerschöpfende Arbeit, und ich fühle mit uns, ob das Gläschen Bier nicht die einzige Erfrischung uns bietet.

Sieh! all unsere nervenzerschöpfende Arbeit, und ich fühle mit uns, ob das Gläschen Bier nicht die einzige Erfrischung uns bietet.

Ich glaubt noch immer nicht. Die Trinker, sagt ihr, sind Kranke, Unmäßige. Aber viele Tausende gibt's, die der Alkohol stärkt, nährt, gesund macht.

Ich glaubt es nicht! Ihr fragt, wie ihr die schlechende Krankheit, die an der Wurzel eurer Bewegung nagt, beseitigen könnt.

Sieh! all unsere nervenzerschöpfende Arbeit, und ich fühle mit uns, ob das Gläschen Bier nicht die einzige Erfrischung uns bietet.

Ich glaubt noch immer nicht. Die Trinker, sagt ihr, sind Kranke, Unmäßige. Aber viele Tausende gibt's, die der Alkohol stärkt, nährt, gesund macht.

Ich glaubt es nicht! Ihr fragt, wie ihr die schlechende Krankheit, die an der Wurzel eurer Bewegung nagt, beseitigen könnt.

Sieh! all unsere nervenzerschöpfende Arbeit, und ich fühle mit uns, ob das Gläschen Bier nicht die einzige Erfrischung uns bietet.

Ich glaubt noch immer nicht. Die Trinker, sagt ihr, sind Kranke, Unmäßige. Aber viele Tausende gibt's, die der Alkohol stärkt, nährt, gesund macht.

Ich glaubt es nicht! Ihr fragt, wie ihr die schlechende Krankheit, die an der Wurzel eurer Bewegung nagt, beseitigen könnt.

Sieh! all unsere nervenzerschöpfende Arbeit, und ich fühle mit uns, ob das Gläschen Bier nicht die einzige Erfrischung uns bietet.

Ich glaubt noch immer nicht. Die Trinker, sagt ihr, sind Kranke, Unmäßige. Aber viele Tausende gibt's, die der Alkohol stärkt, nährt, gesund macht.

Ich glaubt es nicht! Ihr fragt, wie ihr die schlechende Krankheit, die an der Wurzel eurer Bewegung nagt, beseitigen könnt.

Sieh! all unsere nervenzerschöpfende Arbeit, und ich fühle mit uns, ob das Gläschen Bier nicht die einzige Erfrischung uns bietet.

Ich glaubt noch immer nicht. Die Trinker, sagt ihr, sind Kranke, Unmäßige. Aber viele Tausende gibt's, die der Alkohol stärkt, nährt, gesund macht.

Ich glaubt es nicht! Ihr fragt, wie ihr die schlechende Krankheit, die an der Wurzel eurer Bewegung nagt, beseitigen könnt.

die Irrenanstalten, Gefängnisse, Fürsorgeanstalten. Aber nicht nur sie, nicht nur die unglücklichen Kinder von Trinkern, die sich und schwach durchs Leben ziehen, nicht nur all die verlorene Unschuld, die zerstörten Ehen, die gebrochene Taikraft von Tausenden sprechen vom Alkoholelend, das riesengroß aufsteigt vor dem, der es sehen will.

Draußen stehen die qualmenden Schloten und die Riesenanlagen moderner Fabriken. In Häfen und Maschinenhallen, in Bergwerken und Lagerhäusern herrscht rastlose Eätigkeit.

Eure Hände schaffen an der nationalen Industrie, eure Kraft dient dem Vaterlande. Nun kämpft ihr um euren Anteil am Reichtum des Volkes, kämpft um bessere Löhne, um menschenwürdige Arbeitszeit.

Glaubt ihr, daß ihr die Beiträge erhalten werdet, wenn der Großteil des Lohnes dem Brauer und Brenner in die Taschen fließt?

Glaubt ihr, daß eure Versammlungen besucht, eure Zuhörer aufmerksam sein werden, wenn die Wirtschaft euren Mitgliedern eine Stätte des Trunkes und des Sichgehenlassens ist?

Glaubt ihr, daß die Disziplin in den Tagen des Streites, die strenge Verantwortlichkeit der Führer und der Geführten aufrecht stehen wird, wenn der Alkohol in eure Reihen eingebrochen ist?

Glaubt ihr endlich, daß eure Jugend, eure Familien rein und fest erhalten, euer Glaube im Kampfe bewährt wird, wenn euch der Alkohol die Wachsamkeit und Selbstbeherrschung einschläfert?

Glaubt ihr, daß die Achtung der anderen Stände, der Gebildeten und Besizenden, die für euch schon den halben Sieg bedeutet, erringen könnt, wenn das Arbeiter-viertel der ständige Schaulapf aller Trunkenheitszeresse ist?

Ihr glaubt es nicht! Ihr fragt, wie ihr die schlechende Krankheit, die an der Wurzel eurer Bewegung nagt, beseitigen könnt.

Sieh! all unsere nervenzerschöpfende Arbeit, und ich fühle mit uns, ob das Gläschen Bier nicht die einzige Erfrischung uns bietet.

Ich glaubt noch immer nicht. Die Trinker, sagt ihr, sind Kranke, Unmäßige. Aber viele Tausende gibt's, die der Alkohol stärkt, nährt, gesund macht.

Ich glaubt es nicht! Ihr fragt, wie ihr die schlechende Krankheit, die an der Wurzel eurer Bewegung nagt, beseitigen könnt.

Sieh! all unsere nervenzerschöpfende Arbeit, und ich fühle mit uns, ob das Gläschen Bier nicht die einzige Erfrischung uns bietet.

Ich glaubt noch immer nicht. Die Trinker, sagt ihr, sind Kranke, Unmäßige. Aber viele Tausende gibt's, die der Alkohol stärkt, nährt, gesund macht.

Ich glaubt es nicht! Ihr fragt, wie ihr die schlechende Krankheit, die an der Wurzel eurer Bewegung nagt, beseitigen könnt.

Sieh! all unsere nervenzerschöpfende Arbeit, und ich fühle mit uns, ob das Gläschen Bier nicht die einzige Erfrischung uns bietet.

Ich glaubt noch immer nicht. Die Trinker, sagt ihr, sind Kranke, Unmäßige. Aber viele Tausende gibt's, die der Alkohol stärkt, nährt, gesund macht.

Ich glaubt es nicht! Ihr fragt, wie ihr die schlechende Krankheit, die an der Wurzel eurer Bewegung nagt, beseitigen könnt.

Sieh! all unsere nervenzerschöpfende Arbeit, und ich fühle mit uns, ob das Gläschen Bier nicht die einzige Erfrischung uns bietet.

*) Mit gütiger Erlaubnis ihrer Schriftleitung entnehmen wir diesen Auszug der Zeitschrift "In meinem Leben", vierzehntägig erscheinendes Aufklärungsflugblatt zur Förderung der Nüchternheit. Das Blattchen wird herausgegeben vom "Kreuzbündnis", Verein sozialistischer Katholiken. Diese Flug-schriften verdienen wegen ihres guten Zweckes und ihrer vorzüglichen Redaktion die weiteste Verbreitung in den Kreisen der katholischen Arbeiterchaft. Sie sind zum Preise von 1 Pf. pro Exemplar vom St. Camillushaus, Seidhausen-Ruhr, zu beziehen.

Aller Voraussicht nach wird es nicht zu größeren Kämpfen kommen. Öffentlich kann das als gutes Vorzeichen für die Verhandlungen in den anderen Gewerbegruppen gedeutet werden.

Patente Arbeitervertreter! Die Ortskrankenkasse Mühlhausen (Ss) steht vollständig unter sozialdemokratischer Leitung. Der Vorsitzende ist ein wackelhafter Genosse und "freier" Gewerkschaftler. Die Arbeitervertreter im Vorstand und in der Generalversammlung setzen sich ebenfalls nur aus Mitgliedern der sozialdemokratischen Partei und Gewerkschaften zusammen. Die vom christlichen Gewerkschaftsverband vor einigen Jahren beantragte Einführung der Verhältniswahl wurde abgelehnt. Die Herrschaften glaubten, sie allein seien befähigt, eine Kasse zu verwalten. Diesen Befähigungsnachweis haben die Genossen auch wirklich erbracht. Beweis: die letzte Generalversammlung der Kasse. Sie fand statt am 6. Februar 1918. Ueber den Verlauf finden wir in der "Obererfasserischen Landeszeitung" (Nr. 33/1912) einen recht interessanten Bericht.

Nach der Belesung des Protokolls gab der Schriftführer zunächst bekannt, daß der Vorsitzende der Handwerkskammer sich "schroff über diesen 'Palast' (das neuerbaute Verwaltungsgebäude, d. R.) geäußert habe". Seiner Ansicht nach wäre es auch mit geringeren Mitteln möglich gewesen, ein Verwaltungsgebäude zu errichten. So ganz unberechtigt scheint die Kritik dieses Mannes angesichts der Finanzlage der Kasse nicht zu sein. Dann aber heißt es in dem Bericht wörtlich:

"Weiter habe sich bei einer gründlichen Revision seitens der Regierung herausgefunden, daß die Anleihe von 160000 M. (für das neue Verwaltungsgebäude) nicht von der Generalversammlung genehmigt sei. Wir werden Euch dank sagen, wenn Ihr diesen Posten genehmigt; will jemand das Wort?" — Pause. — "Also, nein, Hand hoch! Danke!" Weitere Anleihe 25000 M. Ohne Debatte. "Hand hoch! Danke!" "Meine Herren! Die Summe reicht noch nicht aus, es sind Bauübererschreitungen usw. vorgekommen, was man vorher nicht sehen konnte. Das erfordert noch eine Anleihe von 25000 M. Will jemand das Wort? Nein." — 35 bis 40 sozialdemokratische Hände hoch. — "Danke bestens."

Es wäre ja noch sehr vieles zu erwähnen gewesen, wie Lohnerhöhung, Zulage, Pension; kein Mensch fragte nach dem Effekt. "Hand hoch! Danke!"

Patente Kerle, nicht? Unter den Mitgliedern herrscht gegenüber der Tätigkeit der Verwaltung starke Erbitterung. Der Vorsitzende, Genosse Linsenmeyer, konstatierte das selbst. Die patentierten Arbeitervertreter aber haben nichts auszu setzen. Sie bleiben stumm wie ein Fisch. Weiter! In der Generalversammlung soll über eine Anleihe von 210000 M. beschlossen werden. Trotzdem sind von den 120 Arbeitervertretern sage und schreibe ganze 35—40 anwesend. Der Vorsitzende konstatiert, daß die erste Anleihe von 160000 M. von der Generalversammlung nicht genehmigt sei. Die Arbeitervertreter haben nichts einzuwenden. Zwei weitere Anleihen zu je 25000 M. sollen aufgenommen werden. Debatellos genehmigt. Man fragt sich, wie ist das möglich? Wo blieb denn da der sonst doch unversiegbare Redestrom der Genossen? Ja, Bauer, das ist was anderes. Hier hatten es die Genossen nicht mit einer bürgerlich-reaktionären, sondern mit einer "aufgeklärten", "weisichtigen" sozialdemokratischen Verwaltung zu tun. Da ist Schweigen die erste Bürgerpflicht.

Der Kampf gegen das Koalitionsrecht der Arbeiter ist in letzter Zeit mit verstärktem Nachdruck geführt worden. Zu den industriellen Scharmachern gesellen sich weite Kreise der Leute, die in der konservativen Partei ihre politische Vertretung finden. Bekannt ist, daß unlängst erst im Reichstage ein Antrag der konservativen Partei auf Verbot des Streikpostenstehens von einer großen Mehrheit abgelehnt wurde. Kürzlich benutzten die Konservativen die Gelegenheit, im preussischen Abgeordnetenhaus einen Vorstoß gegen das Koalitionsrecht der Arbeiter zu unternehmen. Im Reichstage sowohl wie im Landtage führten sie ihre Begründung unter heftigen Ausfällen gegen die Regierung aus. Namentlich der Staatssekretär hat es ihnen "wegen seiner schlappen Haltung" angetan. Es ist die alte Sache. Sobald ein Minister den Konservativen nicht mehr zu Diensten ist, und das ist er dann nicht mehr, wenn er sich zu einer sozialen Anschauung durchgerungen hat, dann geht das Steine werfen gegen ihn los. Werleppsch, Rosadowsty u. a. sind von den häuerlichen getriebenen worden. Gegen Debrück geht das selbe Spiel los. Im Reichstage hat Kollege Giesberts scharf gegen das Vorgehen der Konservativen Stellung genommen. Es besteht absolut kein Bedürfnis nach einer Verschärfung der gesetzlichen Bestimmungen", sagte Kollege Giesberts. "Wer die Arbeiterbewegung und ihre Kämpfe in den letzten Jahren verfolgt hat, muß zu der Einsicht kommen, daß die Machtmittel der Unternehmer gegenüber den organisierten Arbeitern sich eher vermehrt als vermindert haben, und daß demgegenüber eine Einschränkung des Koalitionsrechts ein Schlag ins Gesicht, nicht der Sozialdemokratie, sondern der christlich-nationalen Arbeiter wäre."

Der Behauptung, daß durch die Mehrheit des preussischen Abgeordnetenhauses der Standpunkt des preussischen Volkes zum Ausdruck gekommen sei, trat Kollege Giesberts sehr geschickt mit dem Einwand entgegen, daß der Standpunkt der Mehrheit des preussischen Abgeordnetenhauses gewesen sein möge, aber nicht der Standpunkt der Mehrheit des preussischen Volkes. Die Mehrheit des preussischen Abgeordnetenhauses vertritt nicht die Mehrheit des preussischen Volkes. Im preussischen Volke herrscht keine Mehrheit für solche

scharfmacherischen Forderungen. "Man solle nicht glauben", sagte Giesberts weiter, "mit solchen Mitteln der Sozialdemokratie Abbruch tun zu können. Das kann nur auf einem ganz anderen Gebiet geschehen. Die Sozialdemokraten wissen selber sehr gut, auf welchem Boden sie am allerbesten gepackt werden können. Durch solche Ausnahmegehalte würden Sie nicht die politische Sozialdemokratie schädigen, sondern fördern. Diese würde es als Aufreizungsmittel für sich ausnützen und würde versuchen, die national denkende Arbeiterschaft wandend zu machen. Eine Einschränkung der Koalitionsrechte würde die Bewegung der Arbeiterschaft, gegen die Uebermacht des Kapitals ihre Rechte zu behaupten und die Arbeiterschaft an den Erfolgen unserer wirtschaftlichen Entwicklung in der Form höherer Löhne und besserer, erträglicherer Arbeitsbedingungen teilnehmen zu lassen, zu Gunsten des Kapitals, zu Gunsten der Scharfmacher lähmen. Wir werden später einmal Gelegenheit haben, dies Kapitel ausführlich zu behandeln. Die Strömung draußen im Lande ist außerordentlich stark, die dahin geht, antijoziale Tendenzen in steigendem Maße wachzurufen und zwar ohne Grund und ohne Ursache; denn der Volkswohlstand im Deutschen Reich ist nicht gesunken, sondern gewachsen und gestaltet sehr wohl einen Ausbau der Sozialpolitik. Die Mehrheit der bürgerlichen Parteien sieht heute auch auf dem Standpunkt, daß man dem Arbeiter seine politischen und gewerkschaftlichen Rechte belassen muß. Ich bebaure nochmals, daß sich die Herren von der konservativen Partei zum Handlanger der Scharfmacher haben machen lassen."

Ein unbegreifliches Urteil. In Nürnberg verlangten einige Genossen vom Arbeitgeber die Entlassung von zwei christlich organisierten Arbeitern. Als Siedrohen, "die Brocken hinzuwerfen", entließ der Prinzipal die beiden Christlichen. Sie waren zwei Tage arbeitslos. Sie erhoben Klage gegen die "Freien" auf Ersatz des Lohnausfalles. Sie wurden jedoch mit ihrer Klage abgewiesen. Es läge keine Vertragsverletzung, keine Schikane im Sinne des Gesetzes und auch kein Verstoß gegen die guten Sitten vor. Das Urteil ist für einen normal denkenden Menschen unbegreiflich und macht die christlichen Arbeiter gegenüber dem Terrorismus der Genossen einfach rechtlos und vogelfrei.

Die Arbeitsverhältnisse auf dem betr. Bau wurden durch Tarifvertrag geregelt, dessen § 10 lautet:

Das Zusammenarbeiten mit anders- oder nichtorganisierten Arbeitern auf ein und demselben Bau- oder Arbeitsstelle darf nicht beanstandet werden. Die Einstellung und Entlassung von Arbeitern steht im freien Ermessen des einzelnen Arbeitgebers.

Nun wird jeder sagen, die Genossen hätten gegen diese Vertragsbestimmung verstoßen. Das Gericht ist aber anderer Meinung, weil es annimmt, daß der Tarifvertrag wohl die beiderseitigen Organisationen, nicht aber die Arbeiter oder die Unternehmer untereinander binde. Das stellt die Dinge einfach auf den Kopf. Dann brauchen sich ja die Arbeiter um den Vertrag gar nicht zu kümmern. Das führt ja zum Anarchismus im Tarifvertragswesen.

§ 226 des Bürgl. Gesetzb. redet von Schikane. Er sagt, daß "die Ausübung eines Rechts unzulässig" ist, "wenn sie nur den Zweck haben kann, einem andern Schaden zuzufügen". Nun sagt das Gericht, daß die Genossen durch die Androhung der Arbeitsniederlegung nicht die Absicht gehabt hätten, den Christlichen Schaden zuzufügen. Diese Juristerei ist uns wiederum unbegreiflich. Die Genossen wollten die Christlichen durch Brotlosmachung "kurz" machen. Da war doch die Absicht vorhanden, den Klägern Schaden zuzufügen. Tatsächlich haben die Kläger diesen Schaden auch gehabt. — Das Gericht bestimmte ferner, es liege auf seiten der Beklagten auch kein zum Schadenersatz verpflichtender Verstoß gegen die guten Sitten im Sinne des § 826 BGB vor. Die Gesetzesstelle bestimmt:

"Wer in einer gegen die guten Sitten verstoßenden Weise einem andern Schaden zufügt, ist dem andern zum Ersatz des Schadens verpflichtet."

Wohl sei der auf Schadensstiftung gerichtete Vorstoß anzunehmen, aber gegen die guten Sitten verstoße das Vorgehen der Beklagten nicht. Denn das sei nur der Fall, wenn besondere Umstände vorlägen, wie die Absicht, die wirtschaftliche Existenz der Kläger zu vernichten oder ungebührlich zu erschweren. Solche seien aber weder von ihnen behauptet noch sonst ersichtlich. Das Kampfmittel der Beklagten sei vielmehr nur die allgemein übliche, verhältnismäßig milde Maßregel der Arbeitsniederlegung gewesen.

Auch eine widerrechtliche Verletzung der Freiheit der Kläger im Sinne des § 823 BGB sei nicht anzunehmen. § 823 lautet:

Wer vorsätzlich oder fahrlässig . . . die Freiheit eines andern widerrechtlich verletzt, ist dem andern zum Ersatz des daraus entstehenden Schadens verpflichtet.

Die erste Voraussetzung des Paragraphen, daß der Wille der Kläger durch das Vorgehen der Beklagten geübt worden sei und daß sie, die Kläger, unter diesem Druck etwas getan oder unterlassen hätten, sei nicht gegeben, vielmehr sei nur der Wille des Arbeitgebers einflußreich gewesen.

Soweit das Urteil und seine Begründung.

Das Urteil wird viel Kopfschütteln verursachen, weil es vielfach nicht verstanden werden wird. Das Landgericht Berlin II hat vor Jahren (1902) ein Urteil in einer gleichen Sache gefällt, das dem Nürnberger diametral gegenüber steht. Da heißt u. a.:

"Es verstößt gegen die guten Sitten, wenn jemand, um seine eigenen oder seiner Genossen wirtschaftliche oder politische Interessen zu fördern, seine augenblickliche Ueberlegenheit dazu mißbraucht, einen Vertrag, welcher den berechtigten wirtschaftlichen Interessen anderer dient,

entgegen dem Willen der Vertragschließenden zur Aufhebung zu bringen, zumal wenn, wie hier, infolge dessen der eine Vertragspartei brotlos und in eine augenblickliche Notlage versetzt wird. Das aber hat Beklagter gerade gewollt. Er wollte den Kläger, weil er sich seinem Anfinnen nicht fügte, schädigen, ihn aus seiner Stellung bringen und damit brotlos machen, das war ein widerrechtliches, mit den guten Sitten nicht verträgliches Verhalten, zumal von irgendwelcher moralischer Verbindlichkeit des Klägers seinen Arbeitskollegen gegenüber, einer Organisation beizutreten, nicht die Rede sein kann, vielmehr der freien Entschliessung des Klägers in nicht zu rechtfertigender Weise Gewalt angetan werden sollte."

Das ist doch ein anderer Standpunkt, und die Entscheidung befriedigt ganz anders das Rechtsgefühl als die des Nürnberger Gerichts.

Geprüllte Genossen. In der "Einigkeit", dem Organ der Anarchozialisten (Nr. 6, 1913), lesen wir nachstehendes erbauliche Stückchen: In Dsdorf bei Altona bestand vor Weihnachten ein von den Genossen gegründeter Sparklub. Kassierer war der Parteiwirt. Birk 40 Genossen und Genossinnen brachten ihm die am Monde abgezweigten Groschen und freuten sich bereits auf das hübsche Sämmchen, das ihnen zu Weihnachten ausgehändigt werden sollte. Einzelne hatten über 100 M. zu beanspruchen. Zu Weihnachten aber gab es eine Enttäuschung. Statt das Geld zur Bank zu bringen, hatte nämlich der Wirt die ihm gebrachten Groschen in den eigenen Geldbeutel rutschen lassen. Natürlich große Enttäuschung.

Nun war guter Rat teuer. Schließlich begab sich eine Deputation zum Wirt. Der versprach denn schließlich auch zu zahlen. Um ihm das zu erleichtern beschloß eine Besammlung, daß die Genossen ihn recht fleißig besuchen müßten, damit er auch zahlungsfähig werde. Und so geschah es. Für die Feiertage waren Feste arrangiert. Die Genossen gingen mit Kind und Kegel hin. Am 8. Januar konnte dann der Wirt jedem Klubmitglied 9 M. ausbezahlen. Die nächste Rate soll im April erfolgen.

So die "Einigkeit". Diese Schilderung zeigt, daß es wirklich kein naiveres Menschenwesen gibt, wie ein wackelhafter Genosse. Bemerkenswert ist noch, daß der betreffende Wirt organisierter Parteigenosse und Mitglied des Kriegervereins sein soll. Das befugt genug.

Sozialdemokratische Umtriebe in den Heilstätten.

In der "Westdeutschen Arbeiterzeitung" schildern einige Arbeiter ihre Erfahrungen, die sie in bezug auf das gesellschaftliche Zusammenleben der Insassen der Heilanstalten gemacht haben. Sie bekunden übereinstimmend, daß die Genossen auch in den Heilanstalten in rückwärtsloser Weise für die sozialdemokratische Sache Propaganda machen und vielfach den nichtsozialdemokratischen Kranken ihren Willen aufzwingen, wenn sie die Macht dazu haben.

In der von der Landesversicherungsanstalt Berlin eingerichteten Heilanstalt Beeliß betrieben die Genossen eine umfangreiche Propaganda für den "Vorwärts" und andere sozialdemokratische Zeit- und Druckschriften, und zwar in einem derart starken und auffälligen Maße, daß die Anstaltsleitung den Patienten unter Androhung sofortiger Entlassung "das Verteilen und Verbreiten von Zeitungen und dergleichen sowie das Agitieren für das Halten oder Lesen derselben, ebenso das Abhalten von Versammlungen jeder Art" verbieten mußte. Die Heilstätte hätte den alleinigen Zweck der Wiederherstellung und Erhaltung der Arbeitskraft der Versicherten und könne keinen Raum bieten für politische Agitation oder für die Austragung von politischen, sozialen oder religiösen Gegenätzen.

Dieser Standpunkt der Heilstättenverwaltung ist vernünftig. Dennoch sucht ihn der "Vorwärts" anzugreifen und das Verhalten seiner Genossen als eine harmlose Sache hinzustellen. Tatsächlich ist das Verhalten der Genossen in manchen Heilstätten zu einem großen Unfug ausgeartet. Daß die Insassen des Hauses untereinander auch über gewerkschaftliche und politische Dinge reden und daß dabei die Meinungen auch mal aufeinanderplagen, läßt sich nicht vermeiden und schadet auch keinem. Aber es geht doch zu weit, daß in einigen Heilstätten die Genossen Vereinigungen und Versammlungen bilden, denen anzu gehören die Insassen förmlich gezwungen werden und in denen systematisch sozialdemokratische Propaganda getrieben wird. Daß in solchen Vereinigungen das sozialdemokratische Lieberbuch als offizielles Lieberbuch gilt und bei Zusammenkünften nur sozialistische Lieber gesungen werden dürfen, ist doch schon etwas stark. In einigen Heilstätten bilden die Insassen Beschwerdefunktionen, die der Heilstättenverwaltung die Wünsche und Beschwerden der Patienten mündlich oder schriftlich zu übermitteln haben und deren Befehle die Genossen regelrecht nach parteipolitischen Gesichtspunkten verlangen. Sie führen das große Wort in diesen Kommissionen. In einer Heilstätte war es üblich, daß die den Haushalt oder die Krankenpflege führenden Schwestern vor und nach dem Essen beteten, und zwar ein Gebet, das Katholiken und Protestanten gemeinsam verrichten konnten. Kein Hausangehöriger wurde zu diesem Gebete gezwungen; es war jedem freigegeben, mitzutun oder nicht. Dennoch protestierten die Genossen gegen dieses Tischgebet und verlangten kategorisch seine Abschaffung; allerdings ohne Erfolg.

Diese Krakehleien, Streitigkeiten und Hezereien gehören in eine neutrale Krankenheilanstalt nicht hinein und sind auch dem Heilprozeß außerordentlich schädlich. In der "Westdeutschen Arbeiterzeitung" sagt einer, der es mitgemacht hat, daß man schon froh sein müsse, wenn es nicht zu Schlägereien komme. Wenn hitzige und fanatische Genossen darunter seien, müsse allerhand befürchtet werden.

Es ist selbstverständlich, daß die Heilstättenverwaltung diesem Treiben nicht tatenlos zusehen darf. Sie ist verpflichtet, in ihrem Hause auf Ordnung und Eintracht zu halten. So ist sie mitunter gezwungen, zu Maßnahmen zu greifen, die an sich eine Härte enthalten. Das Beste wäre ja, daß die Besonnen ihren Unfug einstellten und daß die sozialdemokratische Presse in diesem Sinne auf ihre Leser einwirken würde. Aber daran ist ja gar nicht zu denken.

Eine Uebersicht über die Gewerkschaftsbewegung der verschiedenen Länder. Nach dem Jahresbericht des (sozialdemokratischen) Internationalen Sekretariats der gewerkschaftlichen Landeszentralen für das Jahr 1911 wurden in den europäischen Ländern und Vereinigten Staaten Nordamerikas insgesamt 11 435 498 Gewerkschaftsmitglieder ermittelt, gegen 9 905 189 im Jahre vorher. Auf Genauigkeit können diese Zahlen allerdings keinen Anspruch erheben. Eine Uebersicht über die Stärke der Gewerkschaftsbewegung in den verschiedenen Ländern bietet folgende Zusammenstellung. — Es wurden Mitglieder gezählt in:

	1910	1911
1. England	2 440 723	3 010 346
2. Frankreich	977 350	1 029 238
3. Belgien	138 928	92 735
4. Niederlande	143 850	153 689
5. Dänemark	123 864	128 224
6. Schweden	121 180	116 500
7. Norwegen	47 453	53 830
8. Finnland	24 928	19 640
9. Deutschland	2 688 144	3 061 002
10. Oesterreich	451 232	496 263
11. Bosnien-Herzegowina	6 269	5 587
12. Kroatien-Slawonien	6 805	8 504
13. Ungarn	86 778	95 180
14. Serbien	7 418	8 337
15. Rumänien	8 515	6 000
16. Bulgarien	3 000	—
17. Schweiz	93 797	78 119
18. Italien	783 538	709 943
19. Spanien	40 984	80 000
20. Vereinigte Staaten	1 710 433	2 282 361
Zusammen	9 905 189	11 435 498

An der Spitze steht demgemäß Deutschland, dann folgen England und Nordamerika. Von der Gesamtzahl der Gewerkschaftsmitglieder sind 6 900 000 dem vorerwähnten sozialistischen Sekretariat angeschlossen, in Deutschland 2 339 000. Die christlichen Gewerkschaften haben bekanntlich ein eigenes internationales Sekretariat mit dem Sitz in Wien errichtet, dem außer den christlichen Berufsorganisationen Deutschlands die in Holland, Belgien, Italien, Oesterreich und der Schweiz angeschlossen sind.

Aus unserer Industrie.

Ueber den Geschäftsgang in der M.-Gladbacher Textilindustrie

wird unterm 13. Febr. berichtet:
Im Baumwollwarengeschäft ist in den letzten Wochen ruhiger Verkehr gewesen. Die Abwärtsbewegungen und die fortlaufenden Preischwankungen am Rohbaumwollmarkt veranlaßt die Garabereiber, sich von größeren Unternehmungen zurückzuhalten, so daß die Umsätze nur von mäßigem Umfange waren. Die Garnpreise mußten etwas weichen, die Beschäftigung der Spinner ist aber nach wie vor eine durchaus gute und reichen die Aufträge noch für einige Monate. Der Absatz war anhaltend lebhaft und erreichte durchgehends die Höhe der Produktion.
In Finit- und Fanchgarnen blieb das Geschäft ebenfalls ruhig, die im Laufe des Monats Januar zustande gekommenen Abschlüsse waren nicht von Bedeutung, es konnten aber die heutigen vollen Preise erzielt werden. Angesichts der noch immer hohen Preise der Baumwollabfälle und auch der ostindischen Baumwolle sind die Spinner vorerst nicht in der Lage, irgendwelche Konzeptionen zu machen und müssen auf ihre heutigen Forderungen bestehen. Der Absatz war gut und erstreckte sich auf größere Mengen.

In Finit- und Fanchgarnen blieb das Geschäft ebenfalls ruhig, die im Laufe des Monats Januar zustande gekommenen Abschlüsse waren nicht von Bedeutung, es konnten aber die heutigen vollen Preise erzielt werden. Angesichts der noch immer hohen Preise der Baumwollabfälle und auch der ostindischen Baumwolle sind die Spinner vorerst nicht in der Lage, irgendwelche Konzeptionen zu machen und müssen auf ihre heutigen Forderungen bestehen. Der Absatz war gut und erstreckte sich auf größere Mengen.

Der Verkehr in Cheviot und Kammgarnen gestaltete sich in den letzten Wochen äußerst lebhaft; die Kaufkraft seitens der Verbraucher war sehr reger und konnten belangreiche Abschlüsse getätigt werden. Die heutigen hohen Preise werden durchgehends schlanke bewilligt, da man befürchtet, in Kürze noch höhere Preise zahlen zu müssen. In dieser Festigkeit hat hauptsächlich der günstige Verlauf der am 29. Januar zu Ende gegangenen ersten diesjährigen Londoner Wollversteigerung beigetragen. Die Preise der Merinos, feineren und mittleren Großbreeds und Schweißwollen stellten sich durchschnittlich fünf Prozent höher als im Dezember.
In wohen und geblickten Flachs- und Berggarnen hat die gute Nachfrage angehalten, die Preise sind weiter steigend.

In den Spinnereien, welche Kungo und billige Streichgarnen liefern, sind die Aufträge in den vergangenen 14 Tagen wieder recht zahlreich eingegangen; die Betriebe haben jetzt für die nächsten Monate vollauf zu tun, so daß sie für neue Orders höhere Forderungen stellen können. Der Verbrauch an Kungogarnen ist im hiesigen Bezirke noch immer sehr bedeutend und wird auch voraussichtlich das ganze Jahr anhalten.

In den Kesselweberereien haben die vergangenen Wochen wenig Veränderung gebracht. Bei der unsicheren politischen Lage und den bedeutenden Preischwankungen

an den amerikanischen Baumwollmärkten ist die Rundschiffahrt zu größeren Unternehmungen nicht geneigt, das Geschäft hält sich daher in bescheidenen Grenzen. Die Aufträge reichen aber bis Mai-Juni, so daß die Fabrikanten über mangelnde Beschäftigung nicht zu Klagen brauchen.

Die Cordweberereien sind jetzt in die Hauptsaison eingetreten, die Aufträge sind so reichlich vorhanden, wie seit Jahren nicht mehr. Besonders Cords für Sport- und Dekorationszwecke sind in dieser Saison stark bestellt worden. Mit den erzielten Preisen ist man aber so recht nicht zufrieden, was eine Folge der enormen Konkurrenz in diesen Artikeln ist.

In den Weiß- und Buntweberereien konnte sich das Geschäft recht günstig entwickeln, die vergangenen Wochen haben eine wesentliche Zunahme des Auftragsbestandes gebracht. Besonders in feineren Druckartikeln fürs Frühjahr und Sommer sind namentlich die für die Ausfuhr eingerichteten Betriebe stark beschäftigt. Aber auch Abschlässe seitens der Inlandwirtschaft auf rohe und bedruckte Herbstware sind schon zustande gekommen. Im allgemeinen ist die Rundschiffahrt für größere Abschlüsse für den Herbst noch zurückhaltend. Der gute Geschäftsgang in der Eisen- und Kohlenindustrie macht sich im hiesigen Industriebezirk stark bemerkbar, aller Voraussicht nach wird die diesjährige Geschäftszeit eine durchaus günstige werden.

In den Webereien, welche baumwollene Hosenzeuge febrizieren ist die Saison in vollem Gange und kann der bisherige Verlauf als zufriedengestellt bezeichnet werden. Die Aufträge der Großhändler und Kleiderfabrikanten waren in diesem Jahre sehr umfangreich und wurde auch flott abgerufen, so daß Lagerbestände kaum vorhanden sind.

In den Buchs-, Kammgarn- und Cheviotweberereien ist die Situation eine durchaus günstige geworden, die Aufträge sind in letzter Zeit so reichlich eingegangen, daß fast alle Werke für die nächsten Monate voll besetzt sind. Bei den hohen Rohstoffpreisen, besonders Kammgarnen, sind aber Preisauflösungen wünschenswert, da die bis jetzt erzielten Preise vielfach zu wünschen übrig lassen. Das Ausfuhrgeschäft ist auch lebhafter geworden, der Ausfall nach den Balkanstaaten kann aber so leicht nicht weit gemacht werden.

In den Zeugdruckereien und Färbereien baumwollener Gewebe wird der Geschäftsgang, so lange die flotte Beschäftigung der Webereien anhält, eine gute bleiben, der Monat Januar hat reichlich Aufträge gebracht. Das Exportgeschäft hat sich günstiger angelesen, obwohl die Aufträge der früheren Jahre nicht erreicht werden.

In den Korbschneiderereien und Färbereien ist die Arbeit so drängend, daß vielfach mit Ueberstunden gearbeitet werden muß.

Auch in den Ausrüstungsanstalten für wollene Gewebe hat sich das Geschäft außerordentlich günstig gestaltet, denn die Betriebe haben alle vollauf zu tun. Aller Voraussicht nach wird diese Beschäftigung auch noch einige Monate anhalten.

Ueber das Ausfuhrgeschäft der Textilindustrie im Jahre 1912

macht die Rheinisch-Westf. Rtg. (Nr. 174, 11. Febr.) folgende Angaben: Die wichtige Gruppe der Textilbranche hat zwar teilweise eine Steigerung der Ausfuhr aufzuweisen, aber in einzelnen Warengruppen ist auch ein erheblicher Ausfuhrrückgang zu verzeichnen.

Die Seidenindustrie hat in Garnen und Zwirnen wie in gewebten und gewirkten Waren eine Zunahme der Ausfuhr, nur die halbseidenen Gewebe sind in ihrer Ausfuhr um mehr als sieben Millionen Mark zurückgegangen und zwar im Verkehr mit Großbritannien und den Vereinigten Staaten.

In der Wollindustrie zeigen zwei wichtige Warenklassen einen erheblichen Ausfuhrrückgang: das zweibräuhige Kammgarn um zirka neun und die Kleiderstoffe um elf Millionen Mark. Im übrigen hat sich unsere Wollwarenausfuhr durchgängig zwar auf der Höhe des Vorjahres gehalten, ohne indessen an der Steigerung des Exportes der meisten anderen Industriezweige teilzunehmen. Es wird der Nachforschung bedürfen, ob diese Verhältnisse überwiegend in der Verdrängung der Wolle durch die Baumwolle ihren Grund haben oder ob auch andere Ursachen vorliegen.

Die Baumwollindustrie weist dagegen fast überall erhöhte Ausfuhrziffern auf; so Baumwollzwirne 4 Millionen, Sebel und Samt 2,8, Handtücher 4,5, Strümpfe und Unterkleider je 2,8, Spitzenstoffe und gestickte Spitzen 6,6 und Sätereien sogar 11,3 Millionen Mark.

Die Konfektion hat zwar ihre Ausfuhr etwas gesteigert, aber nicht sehr erheblich.

Aus dem Verbandsgebiete.

Arbeitslosen-Berichterstattung.

Wir machen unsere Berichterstatter in den Ortsgruppen darauf aufmerksam, daß am Samstag, den 22. Februar Arbeitslosen-Stichtag für den Monat Februar ist. Die an diesem Tage arbeitslos gemessenen Mitglieder sind zu zählen und über das Ergebnis dieser Zählung ist Bericht zu erstatten. Hierzu sind die grauen Monatskarten zu benutzen. Spätestens vier Tage nach Schluß des Monats müssen die Berichtskarten an die Zentrale eingesandt sein. Das letzte Mal haben folgende Ortsgruppen nicht bzw. zu spät berichtet:

- Bezirk Krefeld Burgwalbniet, Kempen.
- " M.-Gladbach Manlo.
- " Aachen Beuel, Haaren.
- " Barmen Saan, Siegburg.
- " Bocholt Dülmen, Seef.
- " Münster i. W. . . . Ummeln.
- " Hannover Eissenach, Mülhausen.
- " Schlesien Reichenbach.
- " Sachsen Künnersdorf, Leipzig, Neusalza-Spremberg, Plauen, Sora.
- " Bayern-Nord Marktredwitz.
- " Bayern-Süd keine.
- " Württemberg Gislringen, Göppingen.
- " Baden Kzenbach, Maulburg, Rötteln.
- " Elsaß Gatzhausen, Jngersheim, Metzeral, Münster, Herrheim, Rahweiler, Oggersheim, Rothau, Worms.

Mitglieder, kauft „Berlepsi-Marken“!

Am 30. März feiert Freiherr von Berlepsch seinen 70. Geburtstag. Unsere Mitglieder wissen, was die Arbeiter an diesem Manne haben. Er ist der Bahnbrecher und unermüdbliche Förderer der deutschen Sozialpolitik, der Pionier des sozialen Fortschritts. Als Staatsminister hat er trotz aller Widersacher seine besten Kräfte und seinen ganzen Einfluß für eine großzügige und durchgreifende staatliche Sozialpolitik eingesetzt. Ihm war es dabei nicht in erster Linie um die Bekämpfung einer politischen Partei zu tun, er hat Sozialpolitik gefordert aus uneigennütigen Gründen, um der Sache selbst, um der Arbeiter willen, weil er die soziale Reform als eine staatliche und sittliche Pflicht erkannt hatte. Und als er dem industriellen und landwirtschaftlichen Scharfmachtum zum Opfer gebracht wurde, da hat er sich nicht zurückgezogen und andere arbeiten lassen, er ging mit verstärkter Kraft und verdoppeltem Mut an die Arbeit; er trug das Banner der sozialen Reform nun erst recht dem Volke voran.

Was ist Berlepsch ferner unserer christlichen Gewerkschaftsbewegung? Wie er zu uns steht, das hat er wiederholt in Versammlungen ausgesprochen, das hat er namentlich auf unseren Kongressen mit großem Freimuth bekannt. Zu einer Zeit, da die Anwürfe auf unsere Bewegung hagedelicht herniederfielen, als durch päpstliche und bischöfliche Rundgebungen und Erklärungen sich in weiten Kreisen des deutschen Volkes ein Wirrwarr breit machte und viele an unsere Ehrlichkeit zu zweifeln begannen, da stellte er sich hin und sagte: Ich vertraue euch! Ich habe nie an eure Selbständigkeit und Unabhängigkeit gezweifelt. Ich weiß, daß ihr keine Zentrumsorganisationen seid. Das war damals in Dresden auf dem Kongress ein erhebendes Bekenntnis.

Die Gesellschaft für Soziale Reform, der auch die christlichen Gewerkschaften in ihrer Gesamtheit angeschlossen sind, hat sich dahin geeinigt, daß aus Anlaß des 70. Geburtstages ihres verdienten Vorstehenden ein Berlepsi-Fonds gebildet werde. Einem ausbrüchlichen Wunsche des Herrn von Berlepsch entsprechend, soll dieser Fonds nicht gebildet werden aus größeren Zuwendungen aus den Hauptklassen der angeschlossenen Organisationen, sondern aus vielen kleinen Scherflein der Angehörigen jener Verbände und Organisationen, die die Gesellschaft für Soziale Reform bilden. Die Bildung des Fonds soll in der Weise vor sich gehen, daß in allen Ortsgruppen Marken mit dem Bildnis des Freiherrn von Berlepsch zum Preise von 10 Pfg. verkauft werden.

Es ist selbstverständlich, daß unsere Mitglieder sich nach Kräften an der Bildung des Berlepsi-Fonds beteiligen, gilt es doch einerseits einem Manne Dank und Anerkennung zu zollen, der sich als unermüdblicher Vorkämpfer auf sozialem Gebiete ein unvergängliches Denkmal in unser aller Herzen gesetzt hat und andererseits sein Werk, dessen Früchte uns in hervorragendem Maße zugute kommen, dauernd sicherzustellen. Die Männer in hervorragenden Stellungen, die sich für die wirtschaftlich Schwachen einsetzen, haben vielfach ein wahres Martyrium zu ertragen. Neben dem Grafen von Posadowsky war seinerzeit Freiherr von Berlepsch in noch stärkerem Maße eine von allen Reaktionen bestgeeignete Persönlichkeit. An uns ist es nunmehr, zu zeigen, daß Dank und Anerkennung bei den christlichen Gewerkschaftlern noch keine verblakten Tugenden sind. Nur eine Klasse, die verdienstvolle Männer zu ehren weiß, wird auf die Dauer jene Charaktere und Persönlichkeiten finden, die sie in ihrem Emporsteigen bedarf.

Aus unseren Bezirken.

1. Gaukonferenz im badischen Albtales.

Wer hätte da nicht mitempfunden und mitgeföhlt, wer die Masse der Arbeiter und Arbeiterinnen, die an der Gaukonferenz im „Battberg“ teilgenommen haben, gesehen hat? Wohl schien draußen die Sonne gar verlockend und warm, aber im Herzen der 180 Arbeiter und Arbeiterinnen, die aus den einzelnen Orten des Albtales zur Konferenz am 26. Januar herbeigeeilt waren, war für diesen Tag noch eine wärmere und schönere Sonne aufgegangen, die Sonne der Ideale. Und in den kernigen, energischen Zügen der Arbeiter und den weichen Gesichtslinien der Arbeiterinnen konnte man den frohen, stolzen Wahlspruch lesen: „Sie gut christlich-national, allerwege!“

Um 1 Uhr mittags wurde die Gaukonferenz durch ein gemeinschaftliches Lied eröffnet und gleich das Bureau, bestehend aus den Vorsitzenden der fünf größten Ortsgruppen und einem Schriftführer, gewählt. Dann hielt der Bezirksleiter, Kollege Ernst Hummel aus Lörrach, ein Referat über „Vorstände- und Vertrauensmännerplichten und -aufgaben“. Die Art und Weise der Geschäftsführung, die Bedeutung der Mitglieder durch die Vertrauensleute, die Versammlungs- und Sitzungstätigkeit, das Verhalten bei zweifelhaften Fällen sowie die erfolgreichen und moralisch zwingenden Agi-

tationsmittel und -Möglichkeiten wurden den Kollegen und Kolleginnen ausführlich und leicht vor Augen geführt und erklärt. Manche Unklarheit, mancher Zweifel und auch manche Unsicherheit wurden durch die Ausführungen des Bezirksleiters, Kollegen E. Rümmele, aus dem Wege geräumt. Und die Masse der Vertrauensleute und Vorstandsmittelglieder wie dem Redner die Dankbarkeit für den Vortrag durch angeregte, lautlose Aufmerksamkeit und reichen Beifall und Zustimmung. An das Referat anschließend fand eine rege Diskussion im zustimmenden Sinne statt.

Nach kurzer Pause nahm der Kollege Franz Fischer aus Düsseldorf das Wort zu seinem Vortrage über: "Grundzüge und Ideale der christlichen Gewerkschaften". In 1 1/2 stündiger Rede entrollte er das christlich-nationale Banner. Eingehend behandelte er die Gründung, die Entwicklung und den gegenwärtigen Stand der christlichen Gewerkschaften. Was uns mit unsern Freunden verbindet und von unsern Feinden trennt, was unsere christliche Gewerkschaftsbewegung schon erreicht hat und noch erreichen will, wie wir nicht nur an die Unternehmer und an den Staat, sondern auch an uns selbst Forderungen und Wünsche stellen, was wir auf kulturellem Gebiete erstreben und was wir für Ideale haben, das waren die Grund- und Kerngedanken seines erhabenden Referates.

Der Bezirksleiter, Kollege Ernst Rümmele, hielt das Schlusswort. Er kam dabei kurz auf den Anfang und auf die geradezu großartige Entwicklung unseres Verbandes im Albtrale zu sprechen und betonte, daß es jetzt erst recht "vornwärts" heiße. Fast 1200 Mitglieder seien es jetzt, aber 1500—1800 müssen es werden. Nach einem warmen Appell zur Weiterarbeit schloß er die Konferenz mit einem begeistert aufgenommenen Kaiserhoch. Hierauf wurde das Lied: "Deutschland, Deutschland über alles" gesungen.

Nun ist die Konferenz vorbei. Jetzt heißt es all das, was wir dabei gelernt, gehört und gesehen haben, in die Tat umzusetzen.

Eine begeisterte Agitationsstimmung ist unter den Mitgliedern der heffischen Ortsgruppen

unseres Verbandes geweckt worden durch besondere Veranstaltungen, die am 18., 19. und 20. Januar in Fulda und Hersfeld abgehalten wurden. In allgemeinen Textilarbeiterversammlungen beantwortete das Zentralvorstandsmitglied, Kollege Fischer aus Düsseldorf, in längerer und überzeugender Darlegung die Frage: Was ist uns die Organisation? Nach einer Schilderung des Werdeganges unserer Arbeiterbewegung leitete der Referent über auf die Bedeutung der gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen und forderte dann zur Mitarbeit in der christlichen Arbeiterbewegung auf. In der Versammlung in Fulda beteiligten sich an der Diskussion die Kartellvorsitzenden Kollegen Stahl und Lutz, der Vorsitzende der Ortsgruppe Fulda, Kollege Alt, und Kollege Bandt. Das Schlusswort wurde vom Bezirksvorsitzenden, Kollegen Müller, gesprochen, der insbesondere die Versammelten aufforderte, in Fulda die Arbeiter über die "Geiseln" aufzuklären und dann aber auch viel mehr Ausdauer und Energie bei der Gewinnung neuer Mitglieder zu bekunden. Er schloß mit den Dichtworten:

Worte sind nur blinde Schiffe, etwas Rauch und etwas Dampf, Taten nur sind echte Treiber in des Volkes Daseinstampfen!

An der Versammlung in Hersfeld nahmen außer sämtlichen Mitgliedern auch eine Anzahl Mitglieder des evangelischen Arbeitervereins teil, von denen mehrere sich nach dem Referate des Kollegen Fischer unserm Verbande anschlossen.

Eine außerordentliche Agitationskonferenz

fand am Sonntag, den 19. Januar, in Fulda statt. An derselben beteiligten sich 24 Vorstandsmittelglieder und Vertrauenspersonen der beiden Ortsgruppen Fulda und Hersfeld. Die Ortsgruppe Herolz hatte keine Vertreter entsandt und auch nicht einmal ihr Fernbleiben entschuldigt. Der Vertreter des Zentralvorstandes, Kollege Fischer, referierte, nachdem noch die Kollegen Alt-Fulda und Braun-Hersfeld in das Bureau gewählt worden, über das Thema: Wie betreiben wir erfolgreiche Verbandsarbeit? Nachdem vom Referenten die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Verbandsarbeit geschildert worden, machte er dann die Konferenzteilnehmer mit den verschiedensten Agitationsmöglichkeiten bekannt. Ein Appell zur unermüdlichen und ausdauernden Kleinarbeit im Dienste der Verbands-sache bildete den Schluß des mit großem Beifall aufgenommenen Vortrages. Dankenswerte Anregungen wurden gegeben in der Diskussion von den Kollegen Elm, Lutz, Bandt und Alt.

Durch die Konferenz sind unsern Mitgliedern in den heffischen Ortsgruppen nochmals recht dringend und eingehend die Mittel angegeben worden, die sie ergreifen müssen, um noch nicht gewerkschaftlich organisierte Kollegen und Kolleginnen für den Anschluß an den Verband zu gewinnen. Hoffentlich werden nunmehr auch alle in etwa zur Agitation befähigte Mitglieder sich in den Dienst der Verbands-sache stellen und die Aufklärungs- und Erziehungsarbeit nicht nur einigen wenigen arbeitsfreudigen Mitgliedern überlassen. Mit den bis gegen Ende des vergangenen Jahres erzielten agitatorischen Resultaten können und dürfen wir uns durchaus nicht zufrieden geben. Wäre von allen führenden Mitgliedern die wiederholte Aufforderung zur agitatorischen Mitarbeit auch allseits befolgt worden, dann wäre bis jetzt schon ein befriedigender agitatorischer Erfolg erzielt worden. Was veräußert worden ist, kann und muß darum auch, und zwar schon in allernächster Zeit, von uns nachgeholt werden. Alle Mitglieder sind gleich stark interessiert an der weiteren Ausbreitung und Kräftigung unseres Verbandes. Darum muß unsere Barole lauten: Alle Mann

an Bord! Jeder sei ein eifriger und opferfreudiger Agitator und Förderer unserer christlichen Gewerkschaftsbewegung!

Berichte aus den Ortsgruppen.

Aachen. In den letzten Jahren hat sich die Teilnahme an unsern Versammlungen wesentlich gehoben, jedoch hätte unsere Generalversammlung besser besucht sein können. Durch die Verhandlung ging ein frischer Zug. Aus dem umfangreichen Jahresbericht des Vorsitzenden sei erwähnt, daß die Arbeiten des Vorstandes mannigfaltig und umfangreich waren. Der Lokalbeitrag wurde mit November 1912 allgemein eingeführt und gleich nachher eine erfolgreiche Winteragitation eingeleitet. Die Wahlen der Vorstandsmittelglieder, Revisoren und Kartelldelegierten wurden glatt erledigt. In längerer Begründung richtete der Vorsitzende einen Appell an die Mitglieder zur Beteiligung an der Agitation, da nunmehr nach ungefähr dreijähriger schwerer Krise eine bessere Arbeits-gelage gekommen sei und dadurch auch die Agitation erleichtert werde. Eine Agitationskommission wurde aus dem gesamten Vorstande und einer Anzahl Mitglieder freiwillig zusammengeführt. Nachdem noch die Verhältnisse in einigen Betrieben besprochen waren, war die Versammlung beendet.

(Neuerdings sind jedoch bezüglich unserer Industrie anscheinend bedeutende Schwierigkeiten entstanden infolge Differenzen der hier bestehenden Luchkonvention mit der Vereinigung der Groffisten. In den meisten größeren Betrieben stockt die Beschäftigung. Warten auf Material ist fast in allen Betrieben üblich. Die frohe Hoffnung der Aachener Textilarbeiter-schaft auf andauernde gute Beschäftigung ist wieder sehr getrübt und kann ein Zugzug nach Aachen nicht empfohlen werden.)

Burbach (Albtal). Unser Bezirksleiter, Kollege Ernst Rümmele aus Brrach, den wir in unserer Mitte begrüßen konnten, behandelte in unserer letzten Versammlung das Thema: "Industrie und Arbeiterbewegung". Die ausführlichen Schilderungen unseres Bezirksleiters wurden mit großem Interesse und Beifall aufgenommen. Kollege Rümmele betonte auch unter anderem, wie schön die Organisation im Albtal geworden sei.

Hierauf erfolgte die Berichterstattung über die am 26. Januar in Ettlingen stattgefundene Vorstand- und Vertrauensleutekonferenz durch einen unserer tüchtigsten Kollegen. In der regen Diskussion wurde noch das Thema: "Organisation und Versicherungsfrage" angeschnitten. Fünf Neuaufnahmen konnten in der Versammlung gemacht werden. Zum Schluß möchte ich noch an die Kolleginnen und Kollegen der Nachbarorte die Schlussworte unseres Bezirksleiters richten: "Patet seht an dem, was ihr habt".

Burgwaldtal. Eine kinematographische Vorführung konnten wir unsern Mitgliedern auf unserem Familienabend bieten. Der Lichtspielapparat war uns vom Herrn Kaplan Lerthoff freundlichst ohne jede Vergütung zur Verfügung gestellt worden. Der ganze Abend verlief großartig. Trotzdem konnten es wieder ein paar Kollegen nicht unterlassen, an dem Feste zu nörgeln. Unter anderem erwähnte ein Kollege, daß es Bettelei gewesen sei, mit dem Teller durch den Saal zu gehen und Geld zu sammeln. Wir können das nicht als Bettelei betrachten und glauben, daß alle diejenigen, die da 5 oder 10 Pf. gegeben haben, es nicht als solche betrachtet haben. Denn, was dort geboten wurde, bezahlt man überall bei einem andern Verein oder Kino mit 40—60 Pf. Zwar fragt der Kollege, wofür der Vorstand das Geld nehmen soll; er glaubt wohl nicht, daß uns das Fest außer aller Arbeit über 70 M. gekostet hat. Und wenn man zu bedenken, die gerade an allem etwas zu nörgeln haben kommt, sie bittet mitzuarbeiten oder eventuell Opfer zu bringen, dann ziehen sie sich zurück.

Auf das verfloßene Jahr dürfen wir mit Stolz zurückblicken, haben wir doch alles aufgeboren, um das zu halten, was wir hatten. Auch haben wir durch die Hausagitation wieder ein paar jugendliche Mitglieder neu gewonnen. Aber es könnte hier an Orte noch viel besser bestellt sein mit der Organisation. Daß die älteren Arbeiter und Arbeiterinnen es nicht einsehen, daß kein besseres Arbeitsverhältnis und nicht ein Wig. mehr Lohn zu erzielen ist, wenn sie sich nicht organisieren, ist uns ein Rätsel. Es gibt sogar Kollegen und Kolleginnen, die da sagen, wenn das nicht anders wird, gehen wir auch aus dem Verband. Ob sie meinen, daß es dann für sie besser wird? In einer heffischen Weberei wurde vor einigen Jahren gestreikt. Der Streik ging für unsere Mitglieder verloren, weil sich aus allen Branchen Leute dafür hergaben, den Arbeitern in den Rücken zu fallen. Nach dem Streik wurde dort, wie es heißt, viel Geld verdient, aber wie steht es jetzt wieder aus? Einige verdienen ziemlich viel für die heffischen Verhältnisse. Vor kurzem sagte noch ein Angestellter der Firma, als er ein Körnchen über den Durst getrunken hatte, daß der Streik ihm 3 M. Wochenlohn mehr eingebracht hätte. Aber die große Mehrzahl verdient sehr wenig. Hier kann kein Raisonieren über Prinzipal, Direktor und Angestellte und auch kein Schimpfen über die Fabrik-tranientenverwaltung nützen, hier kann nur der Zusammenschluß in der christlichen Berufsorganisation helfen. In einem andern heffigen Betriebe scheint es der Meister, der dort das Ruder führt, auf die Verbandsmitglieder abgesehen zu haben. Denn, wenn etwas passiert, ist das eine oder andere Verbandsmitglied schuld, auch wenn das Gegenteil bewiesen wird. Das Erste, was aus des Meisters Munde kommt, heißt, du mußt nur nicht machen, daß du auf die Straße siehst. Ueberhaupt muß das Verhalten des Meisters, den Arbeitern und Arbeiterinnen gegenüber, sehr viel zu wünschen übrig lassen. Wir raten dem Meister, den Bogen nur nicht zu straff zu spannen, sonst müssen wir an dieser Stelle deutlicher werden. Für sich nimmt er doch den Zusammen-schluß im Meisterverband als sein gutes Recht und seine Pflicht in Anspruch. Warum will er es seinen Arbeitern denn verwehren? Hoffentlich kommt bald die Arbeiterschaft zu der Einsicht, daß solchem nur durch den Verband abgeholfen werden kann. Denn der einzelne Arbeiter kann nichts, aber durch den Zusammenschluß läßt sich vieles, auch auf friedlichem Wege, erreichen.

Senrot (Albtal). Unsere Versammlung vom 1. Februar erfreute sich eines guten Besuches, besonders seitens der Kolleginnen. Zuerst wurde der Kassenbericht gegeben, worauf dem Kassierer Entlastung erteilt wurde. Dann gab Kollege Deger einen Bericht über die Konferenz in Ettlingen. Nach dem Bericht sprach Kollege D. Rümmele über die Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung. In seinem einstündigen Vortrag erläuterte er den Anfang und die Fortschritte der Bewegung und erwähnte die Anwesenden, das Erzeugnis zu pflegen und weiter auszuarbeiten, getreu des Sprichwortes: "Vornwärts immer, rückwärts nimmer". Nach reger Diskussion schloß der Vorsitzende mit den Worten des Dantes die Versammlung.

Eupen. Aus dem Geschäftsbericht, den der Vorsitzende in der Generalversammlung vom 23. Januar erstattete, ist zu entnehmen, daß das Jahr 1912 einen Mitgliederverlust gebracht hat. Der Verlust ist im wesentlichen auf die Einführung der Lokalbeiträge zurückzuführen. Auch hinderte die äußerst unbefriedigende Geschäftslage eine erfolgreiche Agitation. Von den Mitgliedern der Ortsgruppe waren im Laufe der Berichtszeit arbeitslos gemeldet 1653. Die Zahl der Wartetage betrug 7471. Diese ungünstigen Konjunkturverhältnisse veranlaßten einen Teil der Textilarbeiter und namentlich der jüngeren, in anderen Berufen lohnendere Arbeit zu übernehmen. Die Einnahmen aus Mitgliederbeiträgen 1695,70 Mark. An Unterstützungen wurden ausgezahlt: Arbeitslohnunterstützung 4488,05 M. Krankengeld 2646,80 M. Sterbegeld 640,00 M. Reisegeld 5,00 M. An Unterstützungen insgesamt 7779,85 M. An die Zentralkasse abgeliefert 6581,51 Mark. Die Einnahmen der Ortsgruppenkasse betrugen 4850,88 Die Ausgaben 1890,57 M. Kassenbestand für 1913 2959,31 M.

Versammlungen fanden statt: Mitglieder-versammlungen 7, Fabrikversammlungen 43, Vorstandssitzungen 45, Vorstand- und Vertrauenspersonensitzungen 26. Außerdem nahm der Vorsitzende an 53 sonstigen Versammlungen und Konferenzen teil. Während die Betriebs- und Vertrauensmännerversammlungen einen guten Besuch aufzuweisen hatten, ließ der Besuch der Mitglieder-versammlungen zu wünschen übrig. An die im vergangenen Jahre eingerichteten sozial-studienförmigen Arbeiterunterrichtskurse nahm eine Anzahl Kolleginnen und Kollegen regen Anteil. An Lohnbewegungen waren 10 zu verzeichnen, wovon 9 mit einem Erfolg für die daran Beteiligten auf friedlichem Wege erledigt werden konnten. Eine Bewegung verlief resultatlos. Nachdem zum Schluß der Vorsitzende allen Mitwirkenden, besonders den Vorstandsmittelgliedern und Vertrauensmännern für ihre treue Mitarbeit gedankt und an die Anwesenden einige ermunternde Worte zur weiteren Schaffensfreudigkeit gerichtet, schloß derselbe seine interessanten Ausführungen. Kollegin Harber referierte sodann über die Fraae: "Welche Werte schafft die christliche Gewerkschaftsarbeit für die Familie?" Rednerin erntete am Schluß ihres Vortrages reichen Beifall.

Sodann wurden die Vorstandswahlen getätigt. Der bisherige Vorsitzende, Kollege Franz Bartholemy, wurde einstimmig wiedergewählt. Als Vorstandsmittelglieder wurden die Kolleginnen Anna Sed, Clara Hellemanns, Anna Savelberg und Kollege Frz. Traipont wieder, Leo Krings Mit. Hospital und Gerhard Vogel neugewählt.

Als Kartelldelegierte wurden gewählt die Kollegen Franz Bartholemy, Wilh. Seelerg, Win. Matzje, Johann Reiners und Hub. Wittekind.

M. Gladbach-Wenn. Von einer regen und intensiven gewerkschaftlichen Tätigkeit legte der in unserer Generalversammlung erstattete Geschäftsbericht Zeugnis ab. Abgehalten wurden 3 Vorstandssitzungen, 15 Vorstand- und Vertrauensmännersitzungen. Zu 7 von den letzteren sind auch die Mitglieder der Agitationskommission zugezogen worden. Mitglieder-versammlungen sind 6 abgehalten worden, außerdem noch eine Arbeiterinnen-versammlung. Die Mitgliederzahl ist im Laufe des Jahres gewachsen. Am 1. Januar 1912 hatten wir 287 Mitglieder, davon 198 Kollegen und 89 Kolleginnen. Am 1. Januar 1913 hatten wir 304 Mitglieder, davon 199 Kollegen und 105 Kolleginnen. Somit ein Zuwachs von 17 Mitgliedern. Die Zahl der Kolleginnen ist um 16 gestiegen, wogegen die Zahl der Kollegen nur um 1 Mitglied gewachsen ist. Der Vorsitzende äußerte den Wunsch, daß sich noch mehr Kolleginnen und Kollegen in den Dienst der Agitation stellen möchten, um so dem Verbands und der christlichen Arbeiterbewegung immer mehr Mitglieder zuzuführen. Die Kassenverhältnisse sind folgende: Im ersten Quartal kamen als Beiträge ein 1206,60 M., im zweiten Quartal 1161,90 M., im dritten Quartal 1155,90 M. und im vierten Quartal 1161,40 M. 15 Proz. hiervon flossen in die Ortsgruppenkasse, die eine Summe gleich 702,87 M. aus-machen. An die Zentralkasse wurden also abgeliefert 3982,93 Mark. Als zweiter Punkt stand auf der Tagesordnung Vorstand- und Vertrauensmännerversammlung. Als erster scheidet aus der Vertrauensmann Wilh. Gendriesch. 7 1/4 Jahr hat er seine nimmer erlahmende Arbeitskraft in den Dienst der christlichen Gewerkschaften gestellt, mit Bedauern sehen wir ihn scheiden. An dieser Stelle sei ihm unser wärmster Dank ausgesprochen. An seine Stelle wurde Kollege Peter Reinders gewählt. In Samern mußte wegen Ueberlastung des ersten ein zweiter Vertrauensmann gewählt werden. Die Generalversammlung wählte den Kollegen Dreßen. Damit waren die Neuwahlen für die Vertrauensmänner erledigt und die Vorstandswahlen begannen. Zuerst scheidet der Kassierer, Kollege Hubert Wirz, aus. Er wurde einstimmig wiedergewählt. Dann scheidet unser bisheriger Schriftführer, Kollege Jakob Finzen, aus. Er bittet, ihn nicht mehr wiedergewählt zu werden. So scheidet also aus der Verwaltung ein Mitglied aus, das seinen Posten während seiner ganzen Amtstätigkeit in der besten Weise versehen hat. Ihm gebührt der herzlichste Dank der Ortsgruppe. An seiner Stelle wurde der Kollege Johann Hilgers als Schriftführer gewählt. Ferner scheidet die Kollegin Josefine Siebes aus. Auch diese hat immer voll und ganz ihren Mann gestellt, und zumal in der Agitationskommission, auch ihr gebührt ein anerkennendes Wort. An ihrer Stelle wurde die Kollegin Jakobine Stump gewählt. Als letzter scheidet dann noch unser bisheriger Vorsitzender, Kollege Peter Niethen, aus. Mit ihm verliert die Ortsgruppe Wenn einen tüchtigen, im Gewerkschaftsleben nie versagenden Mann aus der Verwaltung. Er hat gearbeitet und die christliche Gewerkschaftsbewegung in Wenn auf eine bis dahin noch nicht dagewesene Höhe gebracht. Mit dem größten Bedauern sehen wir ihn scheiden; an dieser Stelle sei ihm unser wärmster Dank entgegengebracht. Da er aus Gesundheitsrücksichten gebeten hatte, von seiner Wiederwahl abzusehen, wählte die General-versammlung einstimmig den Kollegen Mathias Stapper zum Vorsitzenden. Zum Ortskartell wurden als Delegierte gewählt die Kollegin Josefine Siebes und Kollege Peter Niethen. In den Ausschuss für soziale Angelegenheiten wurden die Kollegen Mathias Stapper und Peter Götsches gewählt. Zu Revisoren wurden die Kollegen Peter Niethen und Rüd. gewählt. Nach der Wahl feierte der bisherige Vorsitzende, Kollege Peter Niethen, die Kolleginnen und Kollegen an, die Verwaltung nach Kräften in ihrem schweren Amte zu unterstützen. Bezirksvorsitzender Kollege Wilhelm Hermes dankte den Kolleginnen und Kollegen für die freundliche Annahme der Wahl und sprach zugleich den Scheidenden nochmals den wärmsten Dank für die geleisteten Dienste aus. Er forderte auf, eine immer größere Agitation unter den Jugendlichen zu halten, da von der Gewinnung der Jugendlichen die ganze Zukunft der christlichen Gewerkschaftsbewegung abhängig ist. Nach einer Verlesung, die die weitere Verbreitung der Gewerkschafts-lektüre bezweckte, schloß die Versammlung mit einem gemeinschaftlichen Liede.

Oesberghausen. Unsere Generalversammlung war nur mäßig besucht. Aus dem vom Vorsitzenden erstatteten Jahresbericht...

Rheydt. Es war wirklich eine Freude, in unserer letzten Generalversammlung zugegen zu sein, da dieselbe sehr zahlreich besucht war und wirklich schön verlief...

Jetzt folgten die Wahlen. Die ausscheidenden Vorstandsmitglieder Joseph Lorenz, Peter Jeroers und Johanna Koelen wurden einstimmig wiedergewählt...

Roß b. Nürnberg. Am 19. Januar fand im Dryersaal unsere ordentliche Generalversammlung statt. Da gegen das Protokoll und die erstattete Quartalsabrechnung keine Einwendungen gemacht wurden...

Die lange andauernde schwere Krise ließ die Mitgliederzahl nicht nur nicht steigen, sondern wir haben trotz aller Bemühungen einen Verlust von 15 Mitgliedern zu verzeichnen.

Briefkasten.

Nach Milhausen. Besten Dank. Jedoch für diese Nummer zu spät. Gruß! S. Frb. Die Sache stimmt nicht. Wenn du unsere Zeitung aufmerksam lesen würdest, wüßtest du das.

Versammlungskalender.

- Amern-St. Georg. 23. Februar, 5 Uhr, im Lokale Witwe Bernhard Claßen. Bamberg. 26. Febr., 1/8 Uhr, im VolksgartenSaale in Gauhad, öffentliche Versammlung.

Große Arbeitervertretertagungen der auf christlich-nationalem Boden stehenden Arbeitervertreter in den gesellschaftlichen sozialen Einrichtungen.

In den nächsten Wochen finden zunächst in Westdeutschland sechs große Tagungen der Krankenkassenvorstände und -Vertreter, sowie der Beisitzer an den Versicherungsämtern (unteren Verwaltungsbereichen) und Oberversicherungsämtern (Schiedsgerichten) sowie der Kartell- und Bezirks-Vorstände und Arbeitervereinsleitungen statt.

- 1. Die Wahlen zu den Organen der Arbeiterversicherung und der Aufbau derselben nach der neuen Reichsversicherungsordnung; Vortragender: Reichstagsabgeordneter J. Becker-Berlin-Steglitz.

Die Tagungen finden nach folgendem Plane statt: Am Sonntag, den 23. Februar, nachmittags 1 1/2 Uhr in Düsseldorf im Paulushaus; am 2. März (immer Sonntags und von 1 1/2 Uhr nachmittags ab) in Essen-Ruhr; am 9. März in Gelsenkirchen; am 6. April in Dortmund; am 13. April in Köln und am 20. April in Duisburg.

Sterbe-Tafel.

Es starben die Verbandsmitglieder: Karl Driessen in Neersen. Johann Roschak in Schiffbek. Heinrich Dillenhöfer in Derschlag.

Literarisches.

Ein Handbuch für unsere radfahrenden Kollegen. Der deutsche Rad- und Motorfahrerverband „Concordia“ (Sitz Bamberg) gibt ein Handbuch heraus. Es berücksichtigt zwar in erster Linie die Verhältnisse im I. Gau des Verbandes, hat aber auch seinen großen Wert für alle rad- oder motorfahrenden Mitglieder des Verbandes.

den verschiedensten Lagen des Verbands- und Sportlebens ein Wegweiser und Ratgeber zu sein, haben wir uns bemüht, jedem etwas zu bieten, dem Vorstände wie dem Mitgliede, dem Fahrwart mit seiner Gruppe, der Jugendabteilung wie dem Einzelfahrer.

Das gefällige Werkchen, praktisch gebunden, in sauberster Ausführung, stellt für jeden Freund der christlich-vaterländischen Radfahrbewegung ein treffliches Handbuch dar, das über den staunenswerten Aufschwung des Gaues I (Nordgau) des großen Verbandes Concordia unterrichtet und über die Organisation und seine Einrichtungen Auskunft gibt.

Eine neue Ausgabe des Gesetzes „Die Reichsversicherungsordnung“ mit Einführungs-gesetz und Ausführungsvorschriften für Preußen, Bayern und Baden, nebst ausführlichen und leicht verständlichen Erläuterungen einzelner Gesetzesparagrafen, bereitet Augenblicklich der Volksvereinsverlag in M.-Gladbach vor.

Steuerreklamationen. Die Steuerbehörden sind schon eifrig mit den Einschätzungen zur Einkommensteuer beschäftigt. Nur noch wenige Tage werden vergehen, bis die Einschätzungen den Steuerzahlern zugehen.

Um dem Steuerzahler die Anfertigung einwandfreier Einsprüche, Berufungen und sonstiger Eingaben in Steuerfragen zu ermöglichen, ist dem Büchlein eine Formularsammlung beigelegt.

Das preussische Einkommensteuergesetz vom 24. Juni 1891, seine wichtigsten Bestimmungen für Arbeiter, Angestellte und Hauseigentümer, unter Berücksichtigung der Novellen vom 19. Juni 1906 und 26. Mai 1909.

Inhaltsverzeichnis.

Sei wach! — Artikel: Hornberger Schießübungen. — Sind Stuhlmeister als Angehörige im Sinne der Angestelltenversicherung anzusehen? — Die Krankenversicherung im Jahre 1911. — Ein Genosse gegen die Vielrederei. — Prüfung echter und unechter Färbungen und Appreturen. — Feuilleton: Arbeiter und Alkohol. — Allgemeine Rundschau: Die Revelaerer Gebetsbuchfabrikanten suchen die Hilfe der Sozialdemokraten. — Um die täglich verunglückte Jungfernerede. — Friede im Holzgewerbe. — Patente Arbeitervertreter! — Der Kampf gegen das Koalitionsrecht der Arbeiter. — Ein unbegründetes Urteil. — Geprellte Genossen. — Sozialdemokratische Umtriebe in den Heilstätten. — Eine Ueberlist über die Gewerkschaftsbewegung der verschiedensten Länder. — Aus unserer Zukunft: Ueber den Geschäftsgang in der M.-Gladbacher Textilindustrie. — Ueber das Ausfuhrgeschäft der Textilindustrie im Jahre 1912. — Aus dem Verbandsgebiete: Arbeitslosen-Versicherung. — Mitglieder, kauft „Verlesch-Marken“! — Aus unseren Bezirken: I. Gausferenz im badischen Albale. — Eine begeisterte Agitationsstimmung ist unter den Mitgliedern der heftigen Ortsgruppen. — Berichte aus den Ortsgruppen: Aachen. — Burbach. — Burgwaldtal. — Ehenrot. — Eupen. — M.-Gladbach-Benn. — Oesberghausen. — Rheydt. — Roß. — Briefkasten. — Versammlungskalender. — Arbeitervertretertagungen. — Sterbe-Tafel. — Literarisches.